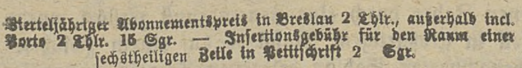
Breslauer Zeitung.


Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 232. Mittag-Ausgabe.


Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 20. Mai 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Herrenhauses. (19. Mai.)

10 Uhr. Am Ministertische Graf Roon, Leonhard, Camphausen, Graf Königsmarck, Achenbach. Anwesend sind etwa 40 Mitglieder, unter ihnen Graf Itzenplitz.

Die Gesetzentwürfe, betreffend das Expropriationsverfahren in den durch das Gesetz vom 24. December 1866 mit der preußischen Monarchie vereinigten vormals baierischen Landestheilen und betreffend die Abänderung des § 3 des Gesetzes vom 19. März 1860 wegen Revision der Normalpreise, werden in Schlußberathung ohne jede Debatte genehmigt, eben so die Vorlage, betreffend die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872 zur Ueberweisung an Preußen gelangenden Geldmittel.

Es folgt der mündliche Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten über das Eisenbahngesetz. Ref. Thaden beantragt die Genehmigung der Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses.

Fürst Putbus spricht den Wunsch aus, daß die östlichen Provinzen bald eben so reichlich bedacht werden möchten, wie die Vorlage die westlichen bedenke.

v. Kleist-Retzow bedauert zwar, daß die Vorlage erst in einem so späten Stadium der Session zur Berathung im Herrenhause kommt, aber die Interessen des Landes stehen ihm höher, als die Interessen des Herrenhauses und er wird sie deshalb bewilligen. Er beklagt, wie der Vorredner, daß die östlichen Provinzen in Bezug auf Eisenbahnbauten so vernachlässigt würden. Was Hinterpommern etwa noch habe, verdanke es der Energie des Geh. Rath Wagener.

Ober-Bürgermeister Hasselbach wird zwar auch die Vorlage genehmigen, aber er hat doch schwere Bedenken gegen ihre wirthschaftliche Seite. Nach einem so energischen Uebergang zum Staatseisenbahnsystem werde sich bald kein Capital mehr zum Bau von Privatbahnen finden.

Der Handelsminister: Die Vorlage ist so vielseitig discutirt worden, daß sich neue Gesichtspunkte für ihre Beurtheilung kaum mehr auffinden lassen. Eine Monopolisirung der Eisenbahnen durch den Staat liegt nicht vor; dafür ist im anderen Hause nicht der geringste Beweis erbracht worden. Im Gegentheil, daß die Staatsbahnen nichts weniger als präponderiren, zeigen folgende Zahlen. Im Bau begriffen oder doch wenigstens concessionirt sind: Staatsbahnen 44 Meilen mit einem Anlagecapital von 32 Millionen, Privatbahnen unter Staatsverwaltung 132 Meilen mit 78 Millionen, Privatbahnen 576 Meilen mit 283 Millionen. In Vorbereitung sind: Staatsbahnen 123 Meilen mit einem Anlagecapitol von 101 Millionen, Privatbahnen unter Staatsverwaltung 19 Meilen mit 10 Millionen, Privatbahnen 200 Meilen mit 122 Millionen. Es stehen also immer den 776 Meilen Privatbahnen nur 178 Meilen Staatsbahnen gegenüber. Wie ich schon im Abgeordnetenhause erkärt habe, werde ich die Staats- und die Privatbahnen unter gleichem Licht und gleichem Schatten concurriren lassen, aber der Ueberzeugung kann ich mich nicht verschließen, daß die letzteren eines Moderators und Regulators bedürfen. Sonst tritt einer von zwei Fällen ein; entweder beuten sie ihr Privileg in der rücksichtslosesten Weise aus und der Sturm im Publikum wächst so, daß die Regierung ihm nachgeben und das Eisenbahnwesen in die Hand nehmen muß, oder die Bahnen hetzen sich selbst durch ihre unbegrenzte Concurrenz zu Tode, so daß sie, erschöpft am Boden liegend, freiwillig die Hülfe des Staats anrufen. Wir schlagen, um beiden Eventualitäten vorzubeugen, mit der Vorlage einen Mittelweg ein; im Interesse des Landes bitte ich um ihre Genehmigung. (Beifall.)

Die Vorlage wird mit sehr großer Majorität genehmigt.

Es folgt der mündliche Bericht der XIII. Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Betheiligung der Staatsbeamten bei der Verwaltung von Erwerbsgesellschaften. Referent von Voß beantragt: 1) den vorliegenden Gesetzentwurf in der im anderen Hause erhaltenen Fassung abzulehnen, 2) die Regierung aufzufordern, einen die gesammte Materie der Nebenämter und Nebenbeschäftigungen von Staatsbeamten umfassenden Gesetzentwurf dem Landtage zur Beschlußfassung vorzulegen, 3) eventuell den nachstehenden Entwurf, betreffend die Betheiligung der Staatsbeamten bei Gründungs-Comites und bei Verwaltung von Actien-, Commandit- und Bergwerksgesellschaften in der von der Commission amendirten Gestalt anzunehmen. In dieser Gestalt lautet der Entwurf: § 1. Unmittelbare Staatsbeamte dürfen ohne Genehmigung des vorgesetzten Ressortministers nicht in den Vorstand oder Aufsichtsrath von Actien-, Commandit- oder Bergwerksgesellschaften und nicht in Comite's zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten. § 2. Die ertheilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich. § 3. Auf einstweilen in den Ruhestand versetzte Beamte finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung." Der Referent führt aus, daß man endlich von der Gesetzgebung ad hoc zurückkommen müsse und diese Frage, die so sehr dringlich nicht sei, erst im Zusammenhange mit der ganzen Materie der Nebenämter ordnen dürfe.

Regierungscommissar Geh. Rath Steinmann: Die Regierung sowohl wie das andere Haus sind einig über die besondere Dringlichkeit des Entwurfs, weil durch die Betheiligung von Beamten an der Verwaltung von Erwerbsgesellschaften im Lande ein Mißtrauen wach geworden ist, das völlig unbegründet sein kann, aber sich in seiner letzten Consequenz gegen den Staat richtet und zwar an einem Punkte, an welchem sich derselbe immer besonders sicher und stark gefühlt hat.

Darauf werden in eventueller Abstimmung die einzelnen Paragraphen in der Commissionsfassung angenommen, in definitiver Abstimmung aber wird der ganze Entwurf abgelehnt, dagegen die sub 2 der Commissionsanträge befindliche Resolution angenommen.

Schluß $1\frac{1}{2}$ Uhr; nächste Sitzung Dinstag $10\frac{1}{2}$ Uhr. (Entgegennahme einer Allerhöchsten Botschaft.)

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Reichstages. (19. Mai.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Kameke, Fäustle, v. Mittnacht u. A.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Geldmittel zur Umgestaltung und Ausrüstung der deutschen Festungen (ausschließlich derjenigen in Elsaß-Lothringen steht heute zur zweiten Berathung. Die Commission nennt in Art. 1 die Festungen, für welche der Betrag von 72 Millionen Thaler von den reservirten $1\frac{1}{2}$ Milliarden verwendet werden solle, mit Namen: Cöln, Coblenz, Mainz, Rastadt, Ulm, Ingolstadt, Spandau, Küstrin, Posen, Thorn, Danzig, Königsberg, Glogau, Neisse, Memel, Pillau, Kolberg, Swinemünde, Stralsund, Friedrichsort, Sonderburg-Düppel, Wilhelmshaven und die Befestigungen der unteren Weser und Elbe.

Art. 2 in der Fassung der Commission stellt 19 Millionen Thaler für 1873 und 1874 zur Verfügung. Die für die folgenden 10 Jahre zu verwendenden Beträge sind in die Etats der betreffenden Jahre aufzunehmen.

Abgeordneter Richter beantragt zunächst nur 9 Millionen für 1873 zu bewilligen und sich an den Zeitraum von zehn Jahren nicht zu binden, also diese Zahl zu streichen, aus folgenden Gründen: Einzelbewilligungen, bevor der ganze Etat für 1874 vorliegt und bewilligt ist, trüben die Uebersicht über die gesammte Finanzlage und schwächen das Interesse der Regierungen an dem rechtzeitigen Zustandekommen des Etats, das wesentlich von der Bewilligung der Baufonds abhängt. Die Bewilligung der zweiten Rate bleibt daher besser für die bevorstehende Etatsberathung vorbehalten, wobei es dahin gestellt sein mag, ob die Theilung in zwei Raten von 9 resp. 10 Millionen die wichtigste ist. Daß der Umbau der Festungen gerade 12 Jahre dauern soll, ist nirgend bestimmt, es paßt daher nicht in die Oekonomie des Gesetzes für die Umgestaltung der Festungsbauten gerade 10 Jahre (von 1874 ab) zu fixiren, da sie früher oder später fertig sein kann. Durch Streichung der Zahl zehn wird jede Unklarheit mit ihren Folgen beseitigt.

Oberst v. Voigts-Rheetz: Den Regierungen liegt ein Plan für eine Umgestaltung der Festungen innerhalb zwölf Jahren vor, der so gedacht ist, daß innerhalb dieses Zeitraumes nicht immer genau 5,300,000 Thlr. pro Jahr verwendet werden, sondern mit Rücksicht auf das Finanzrecht des Hauses immer so viel in den Etat gestellt wird, als das Bedürfniß, das kein konstantes ist, sondern mit den Bewegungen innerhalb des Artillerie- und Fortificationswesens schwankt, jedesmal erheischt. Die Bewilligung von 19 Millionen für die beiden ersten Jahre, 1873—1874, drängt folgerecht zur Vollendung des energisch angefangenen Werkes, da von so weittragender Bedeutung ist, daß eine Störung die bedenklichsten Folgen haben würde. Zum Umbau einer Festung muß beispielsweise eine Colonne von 5—6000 Arbeitern concentrirt werden, eine Unterbrechung der Arbeit, weil es an den nöthigen Geldmitteln fehlt, würde geradezu eine Katastrophe herbeiführen. Der glatte Verlauf der Arbeit muß also fest verbürgt sein. Daher ist es auch nicht gleichgültig, ob der Verwaltung 9 Millionen für 1873 oder sofort 19 Millionen für 1873 und 1874 zur Verfügung gestellt werden. Denn nur die größere Summe setzt sie in den Stand die umfassenden, über 1873 hinausreichenden ersten Einleitungen zu treffen. So sind z. B. sofort 7 Millionen für die Geschütz-Ausrüstung und für die Bauten in Köln allein 3 Millionen in Aussicht genommen, für andere Plätze ähnliche Summen. Ebenso ist an dem Zeitraum von zehn Jahren festzuhalten. Das Finanzrecht des Hauses wird durch die Einstellung der Jahresrate in den jedesmaligen Etat vollständig gewahrt und durch die Fixirung der Bauperiode kein Schaden angerichtet, der nicht leicht wieder gut zu machen wäre.

Abg. Richter: Gewiß ist es den Regierungen angenehmer, das Geld gleich für zwei Jahre zu bekommen, aber dem Reichstag ist es auch nicht gleichgiltig, ob er den Etat zur rechten Zeit erhält. Warum wird der Etat für 1874 nicht jetzt vorgelegt? Dann wäre er in 14 Tagen erledigt und die Regierungen könnten ihre Dispositionen treffen. Die Streichung der zehn Jahre hat zwar nur eine formelle Bedeutung, um von dem Gesetz jede Unklarheit fernzuhalten, aber das Etatsrecht des Reichstages der Militärverwaltung gegenüber sollte nicht noch mehr geschmälert werden, als es bereits durch das Pauschquantum auf mehrere Jahre hinaus geschehen ist.

Abg. v. Hoverbeck fügt hinzu, daß die Aufnahme der zehn Jahr eine unnütze Fessel für den Bundesrath nicht minder als für den Reichstag sein würde. In der Sache selbst sind beide einig; aber wenn es möglich sein sollte, in acht Jahren fertig zu werden, so wäre das ein Gewinn, um den man sich bringt, wenn man sich von vornherein an die Periode von 10 Jahren bindet.

Nachdem Referent v. Oheimb den guten Sinn der zwölfjährigen Bauperiode nachgewiesen, werden die Anträge Richter's abgelehnt und Art. 2 in der Fassung der Commission angenommen.

Art. 3 schreibt vor, daß der Reichs-Festungsbaufonds (abzüglich der 19 Millionen für 1873—74) bis zum 1. Juli 1875 zinsbar angelegt und von der Verwaltung des Invalidenfonds verwaltet wird. Ausgeschlossen soll die Anlage in Communalpapieren, zugelassen dagegen die Anlage in ausländischen Staatsschuldverschreibungen und Eisenbahn-Prioritäten auch nach dem 1. Juli 1876 sein.

Abg. Lucius (Erfurt) beantragt die Zulassung der ersteren und Richter die Ausschließung der letzteren. Die Zulassung der Communalpapiere motivirt Abg. Lucius als eine Consequenz der Beschlüsse, die bezüglich der Anlage der 187 Millionen des Invalidenfonds gefaßt worden sind. Dagegen verlangt Richter, ebenfalls als Consequenz, ihre Ausschließung. Communalanleihen mit zehnjähriger Amortisationsperiode giebt es nicht und wird es schwerlich jemals geben. Durch den Ankauf und alsdann in 10 Jahren erfolgenden Verkauf solcher Anleihen würden für die Communen so schwere Unzuträglichkeiten entstehen, daß die Anlage des Festungsfonds in dergleichen nur vermieden werden könnte, wenn man die boshafte Absicht hätte, den Communen Schwierigkeiten zu schaffen. Ebenso würde es der Geldmarkt sehr übel empfinden, wenn die Verwaltung große Posten von Prioritäten je nach ihrem Baubedürfniß auf den Markt brächte, während der Verkauf ausländischer Fonds unsere Börsenplätze gar nicht afficiren würde.

Geh. Rath Michaelis bittet dringend, die Anlage in Prioritäten nicht verbieten, den Kreis der Anlageformen nicht verengern und die Gefahr möglicher Verluste, die bei der Veräußerung von Effecten eintreten und eventuell zu einer nachträglichen Verstärkung des Festungsbaufonds führen können, durch eine solche Beschränkung der Anlageformen nicht unnöthig zu steigern. Daher ist auch die Zulassung der Communalpapiere ebenso dringend zu wünschen, da sie bei der Stabilität ihres Courses und ihrer Beliebtheit sich stets ohne Verlust veräußern lassen, so berliner Stadtanleihe, rheinische Provinzial-Obligationen u. a.

Referent v. Oheimb will, daß das Haus an den Vorschlägen der Commission, also an der Ausschließung der Communalpapiere, festhalte und zwar im Interesse der Communen selbst, denen mit einem Fonds, der nur zehn Jahre bestehen soll, wenig gedient ist. Dagegen sind die Prioritäts-Anleihen beizubehalten, weil der Kreis der Papiere nicht über das Allernothwendigste beschränkt werden darf, und weil die Zinsen dieses Fonds, abweichend von dem Invalidenfonds, nicht dem Fonds selbst, sondern der Reichshauptkasse zufließen.

Unter Ablehnung der Amendements wird hierauf Art. III. in der Fassung der Commission genehmigt.

Art. 4 lautet in der Fassung der Commission: „Sofern sich in deutschen Reichsfestungen die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Thore und Thorbrücken im Laufe der Zeit als unzulänglich für diesen Verkehr erweisen, haben die betreffenden Gemeinden Anspruch darauf, daß diese Thore und Thorbrücken, so weit ein fortificatorisches Interesse nicht entgegensteht, auf Kosten des Reichs erweitert werden. Die Entscheidung darüber, ob und welche Erweiterungen im Interesse des Verkehrs nothwendig und fortificatorisch zulässig sind, wird in letzter Instanz durch die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Landheer und Festungen getroffen."

Diesem Artikel beantragen als Alinea 1 hinzuzufügen:

1) Grosman (Köln): „Sofern sich das Bedürfniß einer Erweiterung der im Artikel I. genannten deutschen Reichsfestungen herausstellt, hat diese Erweiteruug nicht blos zum Zwecke deren vollständigen Sicherheit, sondern auch in einer die Entwickelung der Handels- und Verkehrs-Interessen der betreffenden Städte gestattenden Ausdehnung auf Kosten des Reiches zu erfolgen.

2) Reichensperger (Crefeld): „Eine Erweiterung der im Artikel 1 bezeichneten deutschen Reichsfestungen über das Maß ihrer vollständigen Sicherung hinaus, kann nur auf Kosten der dabei interessirten Privaten erfolgen."

3) Bürgers: „Im Fall der Erweiterung der Umwallung einer der im Artikel 1 genannten deutschen Reichsfestungen ist der Verkaufserlös der im Besitz der Militärverwaltung befindlichen Grundstücke zu den Kosten der Erweiterung zu verwenden und zwar auch insofern als die Erweiterung über den Zweck der Sicherheit der Festungen hinaus lediglich zum Zweck der Entwickelung der Handels- und Verkehrsinteressen der betreffenden Stadt erfolgt."

Abg. Grosmann: Das Hauptbedenken, welches gegen seinen Antrag geltend gemacht werde, sei, daß er über den Rahmen des Gesetzes hinausgehe und seine Tragweite nicht übersehen werden könne. Eine Erweiterung der Festungsstädte über das militärische Maß hinaus ist nur ein relativer Vortheil; die Lage der Stadt wird nur insoweit verbessert, als der sie umschließende Gürtel etwas lockerer wird; im Verhältniß zu den unbefestigten Städten bleiben sie aber immer noch schwer belastet und zwar im Interesse des ganzen Reiches. Außerdem wird es aber äußerst schwierig sein, genaue Grenzen aufzustellen, wo das militärische Interesse aufhört und das städtische anfängt. Es ist also besser, wenn das Reich die Kosten trägt.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Es liegt in der Natur der Sache, daß die Speculation bei den Städten, deren Festungswerke erweitert werden sollen, sich auf die Grundstücke geworfen hat, welche demnächst von dem früheren Zwange befreit werden sollen. Daß sie dabei ein schönes Geschäft machen kann, liegt auf der Hand; der Gewinn ist den Speculanten zu gönnen, aber die Kosten, die aus einer Erweiterung erwachsen, können nicht von Anderen getragen werden, die gar keine Vortheile davon haben. Das würde aber der Fall sein, wenn die Communen zu den Kosten beisteuern sollten. Wenn also z. B. auf den Bürgermeistereien eine Liste ausgelegt würde, in die sich diejenigen eintragen, die ein besonderes Interesse an der Erweiterung der Stadt haben, so könnten die sich unter einander verständigen und es würde leicht ein ergiebiges Resultat erzielt werden. Es haben sich schon zwei Eisenbahnverwaltungen, die der Rheinischen und Bergisch-Märkischen Eisenbahnen, erboten für eine Erweiterung Kölns über das militärische Bedürfniß hinaus 2,200,000 Thlr. beizusteuern. — Der Festungsrayon von Köln fällt in drei verschiedene Bürgermeistereien; es wäre eine Beseitigung dieses Uebelstandes sehr zu wünschen. Redner wendet sich dann speciell gegen den Abgeordneten Bamberger, der ihm in der ersten Lesung dieses Gesetzes entgegengehalten hat, daß er gegen eine Subvention von Reichswegen für Erweiterung der Festungswerke von Mainz gesprochen. Redner verliest aus den stenographischen Berichten den Schluß seiner damaligen Rede, worin er den Mainzern den besten Erfolg wünscht.

Abg. Bamberger replicirt, daß Reichensperger gegenüber seinem (des Redners) Antrag, die Petition der Stadt Mainz dem Reichskanzler zur Erwägung und mit dem Ersuchen zu überweisen, eventuell ein Gesetz wegen Gewährung eines Beitrages vorzulegen, den Antrag gestellt habe, sie lediglich zur Erwägung zu überweisen, was doch für den Antrag nichts anderes bedeutet, als ihm ein ehrliches Begräbniß bereiten.

Abg. Reichensperger sieht darin gerade einen Beweis dafür, daß er eine Berücksichtigung der Petition wünschte.

Abg. Bürgers begründet sein Amendement damit, daß er nur den Gedanken festhalten wolle, der in den Verhandlungen des Kriegsministeriums mit den Festungsstädten vorgeherrscht habe. Der Antrag Grosman wolle eine Erweiterung auf Kosten des Reiches, auch wo dieselbe nicht in fortifikatorischen, sondern lediglich im communalen Interesse erfolge. Der Verkauf der Grundstücke könne möglicher Weise einen viel größeren Ertrag liefern, als man erwarte; dieser Erlös soll auf die Kosten der Erweiterung mit verwendet werden.

Abg. Meyer (Thorn) empfiehlt den Antrag Bürgers, weil derselbe einen Riegel vorschiebe, daß aus den Verkäufen von Grundstücken nicht eine Bereicherung der Militärverwaltung hervorgehe.

Bundesbevollmächtigter v. Kameke: Ihre Commission hat bereits dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß der Art. 4 eine Materie behandelt, welche über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinausgeht. Die Abänderungsvorschläge sind noch generellerer Natur, als der Vorschlag der Commission. Ich habe gegen den Art. 4, wie ihn die Commission vorgeschlagen hat, kein Bedenken, weil er die Entscheidung, ob eine Erweiterung im Interesse des Verkehrs nothwendig und fortifikatorisch zulässig ist in letzter Instanz den vereinigten Ausschüssen des Bundesrathes für Handel und Verkehr und für Landheer und Festungen überläßt; eine Schädigung des militärischen Interesses ist also nicht nothwendig. Insofern der Artikel aber eine Materie betrifft, die weiter geht, als das Gebiet der Militärverwaltung, möchte ich bitten den Gegenstand in einem besonderen Gesetze oder auf einem andern Wege zum Austrag zu bringen. Das Amendement des Abg. Bürgers enthält nur den verallgemeinerten Ausdruck des Gedankens der verbündeten Regierungen, ich habe keinen Grund mich gegen dasselbe zu erklären.

Abg. Dr. Friedenthal: Die Einwendung des Herrn Staatsministers gegen Art. 4 ist wesentlich formaler Natur und fällt deshalb nicht ins Gewicht. Wenn die Vertreter der größeren Städte besonders hier die Interessen ihrer Städte vertreten, so ist ihnen daraus kein Vorwurf zu machen. Was aber die kleineren Festungsstädte betrifft, wo große Veränderungen nicht stattfinden, so wird ihren Anträgen nicht Gewähr geschehen. Das Amendement Bürgers ist das Allermindeste, was gewährt werden kann, und dasselbe ist vom Bundesrathe acceptirt worden.

Art. 4 wird mit dem Zusatz Bürgers angenommen.

Auf eine Anfrage Lesse's bei Art. 6 (Aufhebung der Rayonbeschränkungen für die eingehenden Festungen Stettin, Minden, Erfurt, Wittenberg, Cosel, Graudenz, Colberg und Stralsund, letztere beiden ausschließlich der Werke an der Küste und auf Rügen, wie es mit der Löschung dieser Beschränkungen im Hypothekenbuche gehalten werden, besonders ob sie kostenfrei erfolgen soll, erklärt B.-B. v. Kameke, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die auf der Commandantur befindlichen Reverse über die auf den Grundstücken ruhenden Beschränkungen zurückgegeben werden sollen. Ob die Löschung kostenfrei erfolgen solle, darüber kann bei der verwickelten Natur der Sache eine Erklärung nicht gegeben werden. Jedenfalls aber enthält die Rückgabe des Reverses den Consens zur Löschung.

Abg. Schmidt (Stettin) ist mit dieser Erklärung einverstanden, weil die Löschung bei mehreren schon früher eingegangenen Festungen in durchaus correcter Weise verlaufen sei. Damit ist auch eine darauf bezügliche Petition der Stadt Stettin erledigt.

Referent Abg. v. Oheimb referirt über die eben erwähnte Petition; dieselbe wünscht einen Zusatz, daß die Löschung im Hypothekenbuch kraft dieses Gesetzes von Amtswegen zu erfolgen habe. Die Commission glaubte eine solche allgemeine Bestimmung nicht aufnehmen zu können, weil man die Einzelverträge nicht genau kennt.

Art. 6 und 7 werden unverändert genehmigt und ist damit die Specialberathung des Gesetzes geschlossen. Inzwischen ist Fürst Bismarck eingetreten, der jedoch der folgenden Debatte nur zum kleinsten Theile beiwohnt.

Es folgt der Bericht der Delegirten des Reichstages zu der Commission für Errichtung eines Reichstagshauses. Ihr Antrag geht dahin, daß der Reichstag den Grund und Boden des Kroll'schen Etablissements am Königsplatze hierselbst nebst dem ihm angrenzenden Terrain als die geeignetste Stelle für die Errichtung des Reichstagsgebäudes ansieht und die Erwartung ausspricht, daß die verbündeten Regierungen in einen Nachtragsetat für das Jahr 1873 eine dem wirklichen Werthe des Objectes entsprechende Summe für die Erwerbung desselben aufnehmen werden.

Hierzu hat v. Unruh (Magdeburg) folgendes Amendement gestellt:

Abg. v. Unruh beantragt, den zweiten Theil des Antrages der Delegirten so zu fassen: „Der Reichstag behält sich aber seine definitive Entschließung über die Erwerbung dieses Platzes bis nach Eingang einer amtlichen Vorlage über den mit dem preußischen Fiskus zu vereinbarenden Preis vor."

Abg. v. Unruh: Als wir uns zuerst für den Platz entschieden, auf welchem das Racynski'sche Palais sich befindet, geschah dies nicht nur wegen seiner besonders günstigen Lage, sondern auch, weil man damals an der leichten Verfügbarkeit des Platzes nicht zweifelte. Graf Racynski ist nur Superficiar, während der Grund und Boden selbst dem Fiscus gehört; eben so wenig erwartet man irgend welche Schwierigkeiten bei der Erwerbung der Seitengebäude, welche jetzt vom Unterrichts-Ministerium benutzt werden. Da Kroll und dem Grafen Racynski ihrer Zeit das Terrain vom Fiscus zur Bebauung unentgeltlich übergeben worden war, so konnte man auch um so weniger auf exorbitante Forderungen des Fiscus gefaßt sein. Von allen jenen Gründen ist nur die schöne, freie Lage des Platzes übrig geblieben. Dagegen ist schon das Moment der Verfügbarkeit fortgefallen. Nach Ansicht unserer Kronjuristen ist zwar die Expropriation gegen den Grafen Racynski zulässig, doch würde gleich hier das Reich in einen Prozeß verwickelt werden, da bekanntlich in Preußen dem Expropriaten der Rechtsweg zusteht. Wir haben uns ferner über die Forderungen des Fiscus bitter getäuscht. Er verlangt für die Quadratruthe Baugrund nahe an 3000 Thlr., für die Quadratruthe Straßenterrain beinahe 2000 Thlr.! (Hört!) Das sind Preise, wie wir sie für einen Gründer unerhört finden würden. (Sehr richtig!) Ich weiß wohl, daß man in der Roonstraße die Quadratruthe mit 2400 Thlr. bezahlt hat, aber heute offerirt der Käufer sie wieder mit 1500 Thlr. Unter solchen Umständen ist die Forderung des Fiscus gradezu exorbitant. Ich weiß wohl, daß manche Beamte beim Verkaufe fiscalischen Eigenthums so viel wie möglich daraus zu ziehen suchen, aber das darf sie nicht hindern, im Namen des Fiscus wenigstens die Grenzen des Anstandes innezuhalten. (Zustimmung.)

Es bleibt uns also nichts übrig, als uns nach einem anderen Platze umzusehen. Ich war gegen die Wahl des Kroll'schen Platzes. (Zustimmung.) Es ist zwar nur 650 Schritt von Racynski'schen Palais entfernt, aber diese Distanz ist bei Frost und Unwetter nicht zu unterschätzen. Ferner ist es unverkennbar, daß die Zahl der anständigen Vergnügungslocale Berlins sich leider immer mehr vermindert. Ich kann auch diesen Charakter dem Kroll'schen Locale nicht mehr zuerkennen, seit man sich geniren muß, mit Familie das Etablissement zu besuchen. Nichts desto weniger erkenne ich an, daß die Commission nach eingehender Prüfung aller übrigen Projecte zu dem Geständniß kommen mußte, es bleibe nichts als das Kroll'sche Etablissement übrig, wenn man nicht das Project des Parlamentsbaues Jahre lang vertagen will. (Widerspruch rechts.) Ich hätte das Haus allerdings lieber in den Thiergarten zwischen dem Brandenburger Thor und der Lennéstraße

gestellt. Indessen ist keine Aussicht vorhanden, daß die Genehmigung hierzu ertheilt werden wird. Ich werde daher für den Antrag der Commission stimmen, halte jedoch die Fassung des zweiten Satzes für nicht gewählt und empfehle Ihnen statt dessen mein Amendement, das uns für den Fall, daß der Fiscus seine Forderungen nicht herabsetzt, immer noch freie Hand läßt.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Ich habe sowohl vom ästhetischen als vom praktischen Standpunkte aus gegen den Königsplatz und das Kroll'sche Etablissement Bedenken, die ich auch in der Commission geäußert habe. Zunächst richten sich dieselben auf die Größe des Platzes, welche die Wirkung eines monumentalen Gebäudes, wie es gewünscht wird, beeinträchtigt. Ferner ist es ein Nachtheil, daß ein solches von allen Seiten freistehendes Gebäude dem Beschauer vier Facaden darbieten muß, so daß man nicht weiß, was Haupt- und was Nebenfacade sein soll. Und die Kosten des ganzen Baues werden erheblich gesteigert, wenn Sie den gewünschten decorativen Schmuck an vier Facaden anbringen müssen. Ich würde als zweckmäßiger in jeder Beziehung den Platz hinter der Porzellanfabrik empfehlen. Derselbe ist erstens für ein monumentales Bauwerk groß genug, und es fehlte auch hier nicht an Raum zur Anlage eines gartenähnlichen Platzes vor dem Hause. In ästhetischer und pecuniärer Beziehung hätte er den Vorzug, daß der ganze Reichthum der Decoration sich auf eine Facade concentrirte. Die Abgeordneten können den Garten des Herrenhauses ungenirt benutzen, ohne sich durch ein Gitter vor Eindringlingen schützen zu müssen. Das Reichstagsgebäude wäre auch unmittelbar in der Nähe des Herren- und des Abgeordnetenhauses, für das ja mehrfach unsere provisorischen Räumlichkeiten hier in Aussicht genommen worden sind, und auch in der Nähe der Wilhelmsstraße. Man hat zwar gesagt, es solle auf dem Grundstücke der Porzellanfabrik das Gewerbemuseum seinen Platz finden, aber ich meine, das deutsche Reich geht doch vor und man hat wohl nur unter der Voraussetzung die Stelle für das Gewerbemuseum in's Auge gefaßt, daß der Reichstag darauf verzichtet. Ein anderes Bedenken, ob es nicht nach dem Beispiel Nordamerika's und Frankreichs besser wäre, das Parlament außerhalb der Reichshauptstadt in der Mitte von Deutschland tagen zu lassen (Stimmen im Centrum: sehr richtig!), ist zwar zunächst von keiner practischen Bedeutung, aber immerhin von einem Gewicht, das sich später geltend machen wird.

Abg. Graf Münster: Ich bedauere es lebhaft, daß ich bald nicht mehr an den Verhandlungen dieses Parlaments, die ich immer mit höchstem Interesse begleitet habe, werde theilnehmen können. Es war ein Gedanke, der bald nach dem Kriege auftrat, das Andenken an die großartigen deutschen Erfolge auch durch ein Parlamentshaus von monumentaler Bedeutung zu verewigen. Was den Platz betrifft, so kann ich mich der Ansicht Reichensperger's, einer Autorität in ästhetischen Dingen, nicht anschließen. In dem provisorischen Gebäude zu bleiben, wie Einzelne wollen, kann ich nicht rathen; das entspricht nach meiner Meinung der Würde dieser Versammlung nicht; es dürfte darauf das französische Sprüchwort sich anwenden lassen: „dis-moi au tu demeures et je te dirai qui tu es" (Heiterkeit). Ich möchte mich auch hier für die Erwerbung des Kroll'schen Etablissements als des für den Zweck am besten geeigneten aussprechen. Der Einwand der weiteren Entfernung von der Stadt wird sicher durch die Aussicht auf die Vervollkommnung der Communicationsmittel beseitigt. Die Acquisition wird immer noch leichter sein, als für jedes entsprechende Grundstück in der Stadt; während Sie für das Kroll'sche Etablissement etwa 2 Millionen werden geben müssen, hätten sie in der Stadt sicher 6 Millionen anzulegen. Die Forderung des preußischen Fiscus ist allerdings sehr hoch, aber es ist ja bekannt, daß man auf dieser Seite nicht sehr zart ist; ich möchte Sie bitten, dem Antrag v. Unruh, die Gelder zu dem Bau aus den Kriegsentschädigungen zu nehmen, sie durch Matrikularbeiträge aufzubringen, wäre in mancher Beziehung mißlich.

Abg. v. Hoverbeck: Ich stimme dem Abg. v. Unruh vollkommen darin bei, daß das Verfahren des preußischen Fiscus hier nicht hochanständig ist und daß man bei seiner Forderung an schwindelhafte Gründerpreise erinnert wird. Was berechtigt Herrn von Unruh zu dem Vertrauen, daß der Fiscus seine Bedingungen ändern werde?

Abg. Römer (Hildesheim): Die Commission hat sich ihrer Aufgabe mit der eingehendsten Sorgfalt unterzogen. Für jeden der in Vorschlag gebrachten Plätze hat sie einen Referenten gewählt, und wir haben schließlich alle Plätze außer dem Krollschen Etablissement als ungeeignet bezeichnen müssen. Ich bitte Sie, dem Vorschlage der Commission zuzustimmen.

Abg. v. Denzin: Den Vorwurf, daß diejenigen, die gegen den Kroll'schen Platz stimmen, gar kein Parlamentshaus wollen, muß ich für mich entschieden abweisen. Ich bin entschieden gegen den Kroll'schen Platz. Ich frage, wird es praktisch möglich sein für Mitglieder, die mitten in der Stadt wohnen bei bösem Wetter etwa dreimal täglich zu Kroll hinauszugehen? Wie wird es möglich sein, wenn bei Schluß der Sitzung schlechtes Wetter eintritt, nach Hause zu kommen? Wir haben ja Plätze genug in der Stadt auch außer dem Platz an der Königgrätzerstraße. Rechts von Kroll ist die Spree, da kann nicht gebaut werden, links ist der Thiergarten, und ich würde es schmerzlich bedauern, wenn man ihn eines Parlamentes wegen vernichten wollte. Dazu sind alle Ministerien in der Stadt und meist in weiter Entfernung von Kroll. Ich kann das Haus nur dringend bitten, den Vorschlag, auf den Kroll'schen Platz zu bauen, abzulehnen. (Beifall.)

Abg. Lasker steht der Frage, auf welchem Platze das Parlamentshaus errichtet werden soll, ziemlich indifferent gegenüber, aber er fürchtet, daß die Debatte, wenn sie nicht einen anderen Gang nimmt, zu einem Resultat führt, das gleichbedeutend sein würde mit der Vereitelung des ganzen Baues. (Sehr richtig!) Man möge ja schwerwiegende Gründe gegen den Kroll'schen Platz haben und er selbst habe sie vielleicht auch, aber dann mögen die Gegner einen bestimmt motivirten Antrag einbringen, des Inhalts etwa: In Erwägung, daß der oder jener Platz geeigneter ist, lehnt das Haus den Commissions-Antrag ab. So lange kein Gegenantrag vorliegt, werde er für den Vorschlag der Commission stimmen, denn das Gegentheil sei: Ueberhaupt kein Parlamentsgebäude!

Abg. v. Bunsen ist nicht faute de mieux, sondern aus vollster Ueberzeugung für den Kroll'schen Platz. Die Wohnungsfrage, welche Herrn von Denzin so viel Furcht einflöße, würde in zehn Jahren — und eher könne man doch nicht auf die Vollendung des Baues hoffen — völlig gelöst. Dann würde jene ganze Gegend mit Straßen bedeckt sein. Auch die Nähe des Hamburger und Lehrter Bahnhofs sei ein großer Vortheil.

Abg. Schleiden stellt den Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären, daß derselbe den Grund und Boden des Kroll'schen Etablissements am Königsplatz hierselbst nebst dem angrenzenden Terrain als die geeignete Stelle für Errichtung des Reichstagsgebäudes nicht ansieht und die Commission beauftragt, noch vor Schluß des Reichstags den einen oder den anderen Vorschlag zu machen, dabei dem Terrain hinter dem Kriegsministerium und dem Herrenhause ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und zu untersuchen, in welcher Weise die diesem Plan entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen sind.

Hierzu beantragt Abg. v. Denzin: hinter dem Worte Herrenhause hinzuzufügen: „so wie dem Terrain der Universität."

Abg. Schleiden will durch seinen Antrag theils dem berechtigten Wunsche des Abg. Lasker entgegenkommen, theils scheine ihm auch die ganze Frage nicht genügend geprüft.

Abg. v. Stauffenberg nimmt die Commission gegen diese Bemerkung in Schutz; er dankt ihr vielmehr für ihre sorgsame und treue Arbeit und bedauert nur, daß sie nicht sogleich zur definitiven Entscheidung befugt gewesen sei. Sie wäre weit geeigneter gewesen, dieselbe zu treffen, als das Plenum, in welchem viele Mitglieder wegen der Unkenntniß der localen Verhältnisse gar kein sachverständiges Urtheil haben könnten. (Sehr richtig!) Das Project, hinter dem jetzigen Hause zu bauen, ist nach langer Debatte als unausführbar erkannt worden; der Schleiden'sche Antrag hat also gar keinen Zweck mehr. Lehnen Sie den Commissionsantrag ab, so machen Sie Ihre früheren Beschlüsse zu Velleitäten (Beifall).

Abg. Graf Rittberg erklärt sich energisch gegen die Wahl des Kroll'schen Terrains wegen der Wirkung des schlechten Wetters auf ältere Herren, die im Sturm über den ganzen Königsplatz gehen müssen. Er beantragt daher, die Beschlußnahme über die Wahl des Platzes zum Parlamentsgebäude auszusetzen und die Delegirten des Reichstages zu beauftragen, daß sie zunächst nähere Verhandlungen über den Preis des Grundstückes und die Zweckmäßigkeit des Platzes hinter dem jetzigen Parlamentsgebäude anzustellen und dem Reichstag Bericht darüber zu erstatten.

Abg. Windthorst (Meppen): Es handelt sich hier nicht um eine Entscheidung, ob Parlamentsgebäude oder nicht sondern um ein einfaches Urtheil zur Sache. Wenn wir den Antrag der Commission ablehnen, so versteht es sich eben von selbst, daß sie einen neuen ausarbeitet. (Zustimmung). Uebrigens sollten wir nicht blos für die alten Männer nach uns, die unter dem Unwetter des Königsplatzes leiden können, sorgen, sondern auch ein wenig an uns denken. Wir tagen hier unter beständiger Lebensgefahr; neulich hat ein herabfallendes Stück von der Glasdecke die Ecke des Stuhls, auf dem der College Bockum-Dolffs sitzt, haarscharf abgeschnitten; wäre es auf einen Kopf oder auch nur auf einen Theil eines Kopfes gefallen, so wäre der Effect der nämliche gewesen. Ich hoffe, daß das Bureau diese Umstände bereits erwogen und gesorgt hat, daß während der kommenden Ruhetage für Abhilfe gesorgt werde. Sonst würde ich nach unserer Rückkehr beantragen, nach dem Abgeordnetenhause überzusiedeln, um weiteren Todtschlagsversuchen zu entgehen. (Heiterkeit).

Präsident Simson, welcher während dieser Debatte das Präsidium an den Fürsten Hohenlohe abgegeben hat, bemerkt daß die Hoffnung, welche der Vorredner auf das Bureau gesetzt, keine unbegründete sei. Und Abg. v. Stauffenberg als Schriftführer fügt noch hinzu, daß auch sonst Stücke von dem Plafond herabgefallen seien, aber stets in sitzungsfreier Zeit, der Reichstag habe darin ein merkwürdiges Glück. Während der Fahrt nach Wilhelmshaven werde aber Alles bestens geordnet werden.

Damit schließt die Discussion.

Nachdem noch Referent Dunker (unter großer Unruhe) die Anträge der Commission befürwortet, wird zunächst der Antrag Rittberg abgelehnt, sodann in namentlicher Abstimmung der Antrag Schleiden-Denzin mit 152 gegen 87 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag der Delegirten und von Unruh's beseitigt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Dinstag 10½ Uhr (Festungsgesetz und Antrag Tellkampf).

Berlin, 19. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des deutschen Reiches den bisherigen Consul des Norddeutschen Bundes Theodor August Ludwig Weber in Apia auf Upolu zum Consul des deutschen Reiches für die Schiffer- (Samoa-) und Tonga- (Freundschafts-) Inseln ernannt.

Se. Majestät der König hat den Wirkl. Geheimen Ober-Finanzrath und Ministerial-Director v. Strantz aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums zum Wirkl. Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz; den Unter-Staats-Secretär Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath Bitter zum Präsidenten der Seehandlung, so wie den außerordentlichen Professor Dr. Max Jaffé zu Königsberg i. Pr. zum ordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der dortigen Universität ernannt.

[Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen] ist nach Karlsbad abgereist.

Berlin, 18. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern Mittag den Hofmarschall Grafen Pückler, den Staatsminister a. D. Grafen Itzenplitz, den Minister des königlichen Hauses Freiherrn von Schleinitz und den kaiserlich russischen Obersten im Generalstabe von Helmersen.

Heute nahmen Se. Majestät die Vorträge des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, des Minister-Präsidenten Feldmarschall Grafen von Roon und des Geheimen Civil-Cabinets entgegen und machten Mittags, wie gestern, eine Spazierfahrt. (Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 19. Mai. [Schluß des Landtages. — Die Kirchengesetze. — Programm der Neu-Conservativen. — Die Reise des Kaisers.] Der Schluß des Landtages wird morgen erfolgen und zwar in feierlicher Weise, im weißen Saale durch Herrn v. Roon, da dem Könige seiner Gesundheit wegen, wenngleich er von der Erkältung, die er sich auf der Reise nach Petersburg zugezogen, sich vollkommen erholt hat, Schonung dringend angerathen ist. Die Regierung verzichtet also auf die Erledigung des Sprachgesetzes, und um so mehr, als nach Besprechung des Präsidenten v. Forckenbeck mit den Fractionsvorständen, vorherzusehen war, daß das Gesetz erst in eine Commission verwiesen worden wäre, wodurch die Session sehr weite Ausdehnung erhalten hätte. Die Reichstagssession aber wird sich wahrscheinlich über den Juni hinaus verlängern, von einer Herbstsession dagegen ist keine Rede und war dieselbe wohl nur von denjenigen in Aussicht genommen worden, welche wo möglich noch eine Erledigung der großen Reichs-Justizgesetze im Auge hatten. Aber die legislatorischen Vorbereitungen dazu sind noch nicht soweit geführt, daß man hierauf schon Rücksicht zu nehmen hätte. — In maßgebenden Kreisen hat immer die Ansicht geherrscht, daß die Kirchengesetze, wenn sie erst erschienen sein würden, eine beruhigende Wirkung ausüben würden. Diese Erwartung findet schon jetzt sicher ihre volle Bestätigung. In der protestantischen Kirche sprechen sich die Kundgebungen in sehr lebhafter Weise für diese Gesetze aus, so namentlich in dem hier erscheinenden „Evangelisch-kirchlichen Anzeiger". Auch in den ultramontanen Organen ist die Sprache sehr gemäßigt, und die „Germania" sagt: „Wir Katholiken erwarten ruhig und ernst die Anwendung der Gesetze." Mehr kann man nicht verlangen. — Nachdem die Neu-Conservativen ihr Programm in die Welt geschickt, hat auch die äußerste Rechte es für dringend nothwendig erachtet, einen Wahl-Aufruf zu erlassen. Da aber die Abfassung desselben gerade den schärfsten Federn übertragen worden, so haben es die Gemäßigteren dieser Partei doch für zu stark erkannt und soll der Aufruf daher erst aufs Neue redigirt werden. — Was die Reise des Kaisers nach Wien betrifft, so ist, mit besonderer Rücksicht auf den Wunsch der Kaiserin und auf ihre Kur die ursprüngliche Absicht eines früheren Termins schon seit längerer Zeit aufgegeben worden und wird dieselbe also etwa gegen die Mitte des Monats Juni erfolgen. An ein Zusammentreffen unseres Kaisers mit dem von Rußland ist dabei in unterrichteten Kreisen niemals gedacht worden. — Die Nachricht, daß der Regierungs-Präsident von Puttkammer zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt sei, ist durchaus unbegründet, wie ich aus guter Quelle versichern kann.

D. R. C. [Oesterreichische Guldenstücke.] Die königlichen Kassen sind angewiesen worden, sich der Annahme von österreichischen und ungarischen Silberguldenstücke künftig zu enthalten.

D. R. C. [Cholera.] Nach hier eingegangenen offiziellen Mittheilungen ist die asiatische Cholera in Polen noch nicht erloschen. Es ist deshalb die in Schillno, Kreis Thorn, zur Verhütung der Einschleppung dieser Krankheit eingerichtet gewesene Revisions-Anstalt mit dem Beginn der Schifffahrt wieder eröffnet worden.

Dresden, 19. Mai. [König Johann] ist gestern Abend von hier nach Leipzig abgereist und hat sich heute früh von dort zum Gebrauche der Kur nach Ems begeben. Während seiner Abwesenheit, welche etwa vier Wochen dauern dürfte, ist der Kronprinz zum Stellvertreter des Königs ernannt worden.

♀ **Metz**, 17. Mai. [Die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. — Bau eines neuen Bahnhofes in Metz. — Zu dem Programm der reichsfreundlichen Partei. — Landwirthschaftlicher Verein.] Selten wohl haben in irgend einem Lande die öffentlichen Verkehrsanstalten, speciell die Eisenbahnen, in kurzer Zeit einen so bedeutenden Aufschwung genommen, wie in Elsaß-Lothringen. Wenn man eine Eisenbahnkarte vom Jahre 1870 mit einer heutigen vergleicht, so findet man, daß die Maschen des Bahnnetzes in der genannten Provinz beinahe doppelt so eng geworden sind. Nach dem Etat pro 1874 beträgt die Bahnlänge sämmtlicher Reichseisenbahnen 117,3 Meilen oder 879,15 Kilometer; und fortwährend noch werden neue Linien gebaut. Trotz der zum Theil sehr erheblichen Tarifreductionen, über die sich nebenbei bemerkt, badische Blätter wiederholt beklagen, weil dadurch der badischen Staatseisenbahn eine nahezu vernichtende Concurrenz gemacht würde, — trotzdem überwiegen die gegenwärtigen Einnahmen ganz erheblich diejenigen zur Zeit der französischen Verwaltung; hierbei kommen die neu gebauten Strecken gar nicht in Rechnung. Dieser gesteigerte Verkehr macht es begreiflich, daß die Verkehrsmittel zum Theil unzureichend wurden, weil man nicht im Stande war, dieselben im Verhältniß des rapid gesteigerten Verkehrs zu vermehren. Namentlich gilt dies von den Wagen und Locomotiven, die sich nicht rasch genug ergänzen ließen, ein Umstand, der zu mancherlei Klagen innerhalb der Geschäftswelt und des reisenden Publikums Anlaß gab. Es mußte begreiflich eine gewisse Zeit vergehen bis man den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs auf allen Punkten genügen konnte. Eben so sind einzelne Bahnhöfe, namentlich auf den Eisenbahnknotenpunkten, zu klein geworden. Wenn irgendwo, dann tritt dies besonders in Metz recht deutlich hervor, wo augenblicklich nicht weniger als sechs Bahnen münden und wo ein Neubau des Bahnhofes zur dringenden Nothwendigkeit geworden ist, um so mehr, als ein Theil seiner Halle im vergangenen Jahre durch eine Feuersbrunst zerstört wurde. Dieser Neubau soll in großartigem Maßstabe auf einem zwischen der Stadt und dem benachbarten Sablon gelegenen Terrain ausgeführt werden, während in Montigny große Werkstätten errichtet werden sollen für den Bedarf der sämmtlichen Reichseisenbahnen. — In Bezug auf das bereits in Ihrer Zeitung vom 14. d. Mts. mitgetheilte „Programm der reichsfreundlichen Partei in Lothringen" kann ich hinzufügen, daß neuerdings abermals eine zahlreich besuchte Versammlung von Beamten und Kaufleuten stattgefunden hat, um die Mittel und Wege zur Ausführung des erwähnten Programms zu berathen. Wenn auch bindende Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, so läßt die rege Betheiligung erwarten, daß das gemeinnützige Streben der reichsfreundlichen Vereinigung nicht ohne Erfolg bleiben wird. — Der hiesige landwirthschaftliche Verein hat zwei seiner Mitglieder nach Wien geschickt, um dort die Abtheilung der landwirthschaftlichen Maschinen u. s. w. zu besichtigen und zweckmäßige Ankäufe für den Verein zu machen. Wie es heißt, hat die Reichsregierung hierfür eine ansehnliche Geldsumme in Aussicht gestellt.

Oesterreich.

*** **Wien**, 18. Mai. [Die Bankerottirer. — Die Alten und die Jungen.] Daß der Mensch in der Wahl seiner Herren Eltern gar nicht zu vorsichtig sein kann, die Entdeckung hat schon Heine gemacht. Aber auch ein Premierminister kann gar nicht genug darauf sehen, daß alle seine Collegen reine Hände haben. Gott sei Dank, daß das Cabinet Auersperg auch nicht Ein anrüchiges Mitglied in seinem Schoße birgt: sonst wäre es bereits ans Messer geliefert. Die Jubelartikel des „Vaterland" über die Börsenpanik zeigen deutlich genug, mit welcher Ausdauer und Consequenz die feudale Clique bei Hofe darauf losarbeitet, die Katastrophe zu einem Systemwechsel auszubeuten. Allein selbst die feudalen und Czechenblätter wagen sich diesmal auch nicht mit einem Hauche der Verleumdung an irgend einen der Minister persönlich heran. Der Schmutz, in dem wir waten, reicht uns schon bis an den Hals. Täglich und nächtlich verschwindet der Eine oder andere Inhaber eines Börsengeschäfts oder einer Wechselstube: Madame, in Thränen aufgelöst, weiß nur, daß Alles, Alles ihr gehört, und ist in Thränen aufgelöst, weil, so wie sie ihren Gemahl kennt, derselbe sich „wahrscheinlich" ein Leids angethan. Tragisch ist die Sache nur noch für die armen Teufel aller Stände, von dem Pensionär und der Baronetwittwe bis zum Hausknecht und zur Nätherin, die zu Tausenden um ihre kleinen Ersparnisse geprellt sind, wenn sie an dem Schalter der geschlossenen Institute deren Kassenscheine präsentiren und dieselben ebenso wenig honorirt erhalten, wie man ihnen die Effecten ausliefert, auf die sie schon den größten Theil eingezahlt und den Rest jetzt mitbringen. — Der eclatante Sieg, den auf dem Töplitzer Parteitage die „Alten" unter Herbst über die „Jungen" gefeiert, die uns durch ihre Anvetterei an Deutschland arg compromittiren und in kindischer Manier an dem neuen Wahlgesetz wie an dem Ausgleiche mit Ungarn rütteln wollen, hat die Parteidisciplin, aber auch die Cliquenherrschaft im Lager der Verfassungspartei befestigt.

Wien, 19. Mai. [Der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reichs] sind heute früh nach Venedig abgereist. Schon um 6 Uhr begab sich der Kaiser von hier nach Hetzendorf, nahm dort gemeinschaftlich mit der kronprinzlichen Familie das Dejeuner ein und begleitete dieselbe darauf zum Bahnhofe, wo sich der preußische Botschafter, Graf Andrassy und die gesammte deutsche Ausstellungscommission eingefunden hatten. Der Abschied zwischen dem Kaiser und der kronprinzlichen Familie war ein überaus herzlicher.

[Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen] ist gestern auf der Nordwestbahn von hier abgereist. Der Kronprinz Rudolf war am Bahnhofe erschien und verabschiedete sich in der herzlichsten Weise von dem Prinzen.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 17. Mai. [Das Unterhaus] beschäftigte sich in seiner gestrigen Nachtsitzung mit Mialls alljährlich wiederkehrendem Antrage auf Trennung der Kirche vom Staat. Diesmal nahm der Antrag die Form einer Resolution an, welche erklärte, daß die gesetzliche Herstellung der Kirche von England und Schottland eine Verletzung der Religionsgleichheit involvire, jene Kirchen des Rechts der Selbstverwaltung beraube, dem Parlament Pflichten auferlege, für die es nicht tauglich sei, die religiösen und politischen Interessen des Gemeinwesens schädige und daher nicht länger aufrecht gehalten werden sollte. Miall räumte im Eingange seiner Rede ein, daß er die Zustimmung einer Majorität des Hauses nicht zu erzielen erwarte, und den Einwand, daß dies eine abstracte Resolution sei, anticipirend, berief er sich auf Gladstones Vorgehen in Bezug auf die irische Kirche. Zur Motivirung seines Antrages citirte er die in Irland existirende Lage der Dinge, als Antwort für Jene, die fragen würden, was Religionsgleichheit sei, und er versicherte jenen Liberalen, die gegen die Ausdehnung des Princips auf England wären, daß, da es ein Theil des Zimmerwerkes der liberalen Partei bilde, sie entweder dasselbe zu acceptiren oder die Partei zu verlassen haben würden. Demnächst verbreitete er sich über die Lage der hoffnungslosen Hülflosigkeit, in welche die Kirche durch die Fesseln des Staates versetzt sei, und auf die gänzliche Untauglichkeit des Hauses der Gemeinen, Gesetze für die Regelung und Organisation der Kirche zu geben. Als Beweis der schädlichen Folgen der Staatskirche für das Gemeinwesen wies er auf die Haltung hin, welche die Kirche in solchen Fragen, wie die Amendirung des Criminalrechts, die Abschaffung des Sclavenhandels, der Volksunterricht, Reform und Freihandel eingenommen habe, und schloß mit einer Mahnung an das Haus, seinen Antrag als eine Maßregel nationaler Gerechtigkeit zu genehmigen.

M'Laren, ein Schotte, unterstützte den Antrag. An der Hand von Statistiken suchte er nachzuweisen, wie geringe Fortschritte die Staatskirche in Schottland im Vergleich zu den anderen Kirchen gemacht habe.

Gladstone bekämpfte den Antrag nicht allein seiner wegen, sondern auch als inopportun und unfähig im gegenwärtigen Augenblick discutirt zu werden, obwohl er nicht dazu bestimmt sein dürfte, Monate, ja Jahre in Anspruch zu nehmen. Der Premier-Minister räumte ein, daß Einflüsse bestehen und sich recht fühlbar machen, die auf Trennung von Staat und Kirche hindeuten. Dahin gehöre der zunehmende Indifferentismus, dahin gleichfalls die Anmaßung der Hierarchie einer herrschsüchtigen Kirche, dahin schließlich der Zwiespalt in der anglicanischen Kirche selbst. Aber Miall's Mittel würde für diesen beklagenswerthen Zustand keine Abhilfe schaffen. Eine Analogie zwischen der Stellung der anglicanischen Kirche in England und derjenigen der weiland Staatskirche in Irland könne er nicht einräumen. Ueber die Stellung und Förderlichkeit der anglicanischen Kirche bat Gladstone, ehe man ein Urtheil darüber fälle, einen unparteiischen Beurtheiler anzuhören, der allerdings auf dieser Insel nicht zu finden sei, denn hier ergriffe Jeder Partei für oder wider. Anders auf dem Continent. Der Premier-Minister verlas dann eine Stelle aus den bekannten Abhandlungen Döllingers — unter dessen Freunde sich zu zählen er als Vorrecht schätze — über die Wiedervereinigung der Kirchen, worin der Verfasser der englischen Kirche hohes Lob spendet. Eine Kirche, der von solcher Seite ein solches Zeugniß ausgestellt werde, könne jedenfalls nicht ganz schlecht sein. Auch betonte der Minister, die Entstaatlichung würde dem Lande nach oberflächlicher Schätzung neunzig Millionen Pfund kosten, und daß sei doch ein Bischen viel. Außerdem bedenke man, was für eine Macht eine organisirte Vereinigung mit diesem Capital im Staate darstellen würde. Schließlich seien in England Staat und Kirche so eng mit einander verwachsen, daß eine Trennung beide tödten würde. Diesem Grunde, der für den Staat eben nicht schmeichelhaft, jedenfalls aber nicht

zu beweisen ist, fügte Vernon Harcourt noch einige Argumente ähnlichen Kalibers hinzu, z. B.: was wird nach Aufhebung der Staatskirche aus der Thronfolgeacte und der Krönungsacte werden? Ferner die ganze englische Verfassung würde zusammenfallen. Hiergegen würde nun wohl unschwer Abhülfe zu schaffen sein. Die Ungeduld des Hauses machte der Rede Harcourts ein baldiges Ende, und der Antrag Miall wurde mit 356 gegen 61 Stimmen verworfen.

Amerika.

Newyork, 12. Mai. [Oberrichter Chase] wurde heute beerdigt. Das Leichenbegängniß, dem Präsident Grant und die Minister beiwohnten, war höchst imposanter Art.

[Ueber den letzten Kampf mit den Modocs] enthält die Londoner „Times" einen ausführlichen Bericht. In demselben heißt es: Als die Modocs ihr altes Lager verlassen hatten und sich in eine südöstliche Richtung begaben, dauerte es lange, bis ihr neues Schlupfloch ausfindig gemacht wurde. Von dem alten Lager aus, in dem sich General Gillem festgesetzt hatte, wurde die Gegend recognoscirt und endlich das neue Lager in einer Entfernung von 5 Meilen aufgefunden. Am 26. April früh machte sich eine Compagnie Infanterie in Begleitung von zwei, zusammen 70 Mann zählenden Batterien und von 17 freundlichen Indianern auf, nicht sowohl die Modocs anzugreifen, als ihre Stellung genau auszuforschen. Capitän Evan Thomas, Sohn des Generals Thomas, commandirte die Truppe. Um ½10 hatte man sich der Stellung der Indianer genähert. Die Abtheilung machte Halt, eine Postenlinie wurde formirt und man näherte sich bis zu dem Fuße eines Vorsprunges. Es wurde rapportirt, daß keine Indianer zu sehen seien und die Soldaten rückten weiter in die Lavalager vor. Plötzlich wurde ein Feuer auf dieselben eröffnet und sechs Indianer erschienen auf dem Vorsprunge. Die Truppe stellte sich sofort in Schlachtordnung, aber kaum war dies geschehen, so wurde sie auf der rechten Flanke angegriffen. Ein furchtbares Gewehrfeuer wüthete, die Infanterie löste sich in Verwirrung auf und nur Lieutenant Wright umgeben von 4 Soldaten hielt Stand. Wenige Minuten später erschienen Indianer auch auf der linken Seite, eröffneten ein mörderisches Feuer auf die Batterien und machten sie nach kurzer Zeit kampfunfähig. Die Truppen waren rings umgeben, und doch konnte man in Folge der eigenthümlichen Beschaffenheit des Terrains die Modocs nicht sehen. Panischer Schrecken ergriff die Soldaten. Kein einziger Offizier konnte befehlen, denn sie waren alle todt oder verwundet. Auch von den Gemeinen fielen weit über die Hälfte. Einige verkrochen sich in Ritzen und Spalten, aber die Modocs verloren sie nicht aus den Augen und schossen sie bei jeder Gelegenheit nieder. Als die Nacht hereinbrach, begann das Verstümmeln und Skalpiren, und einige Verwundete wurden mit den größten Martern zu Tode gequält. — Endlich kamen einige leicht Verwundete in das Lager des Generals Gillem und berichteten über das stattgehabte Gemetzel. Der General sandte sofort vier Züge Cavallerie und entsprechend Infanterie zur Verstärkung. In der Nacht des 26. kamen diese auf dem Kriegsschauplatze an. Nur 23 von der Thomas'schen Abtheilung, darunter kein einziger Offizier, waren unverletzt davongekommen. Die Indianer wichen, als noch weitere Verstärkungen ankamen, und es war demnach nicht schwer, die Todten und Verwundeten wegzuschaffen; 23 Verwundete und 11 Todte, darunter viele bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, wurden in das Lager gebracht, acht Leichen blieben auf dem Felde. Lieutenant Cranston und vier Soldaten werden vermißt, und man befürchtet, daß sie in Gefangenschaft gerathen seien. Soweit festgestellt werden konnte, waren die Indianer sehr wohl mit Hinterladern versehen. Viele hatten zwei Gewehre und außerdem noch Revolver. Sie haben auch reichlich Munition und sind ohne großen Schaden mit Zurücklassung von nur vier Todten davongekommen.

[Die Legislatur von Pennsylvanien] hat sich am Schluß ihrer diesmaligen Session, Ende April, ein besonderes Amüsement gegönnt. Nachdem sie ihre Geschäfte erledigt hatte und nur den formalen Schluß abwartete, verschaffte sie sich, speciell auf Kosten des einzigen liberal-republikanischen Mitgliedes der Versammlung, Mr. Mc Clure, folgenden Zeitvertreib.

Wie ein von dem „Philadelphia-Times"-Correspondenten citirtes Telegramm aus Harrisburg erzählt, begann der Spaß, wie in ähnlicher Weise üblich, damit, daß man die unfähigsten Mitglieder zum Vorsitz berief und auf dieselben mit den absurdesten Fragen und unsinnigsten Vorschlägen eindrang. In einem Falle wurde ein solches Mitglied von dem Präsidentensitze durch wiederholte Salven von Papier und Actenpacken aus allen Theilen des Sitzungssaales vertrieben. Da einige dieser Wurfgeschosse ein halbes Pfund wogen, und mit gehöriger Kraft geschleudert wurden, so war das Ausweichen mehr aufregend als angenehm. Endlich als Wechsel in dieser geistreichen Unterhandlung stellte Herr Brockaway den Antrag auf Ernennung eines Comite's, welches den Honorablen Mc. Clure einladen sollte, dem Hause ein Exposé über den Zustand der politischen Parteien zu geben. Der Antrag wurde angenommen, die Herren Brockaway, Josephs und Tillermary als Comite gewählt und diese gingen den Senator Mc. Clure zu suchen. Er war bald gefunden und in den Saal escortirt. Als er eintrat, begrüßte das Haus ihn und seine Escorte mit einer Salve von Wurfgeschossen, bestehend aus legislativen Documenten der Session, Cigarrenkisten, Zeitungen 2c. Nachdem er durch den ganzen Saal Spießruthen gelaufen, nahm er seinen Platz neben dem Präsidentensitze und sprach wie folgt: Ich danke Ihnen für die Auszeichnung, die Sie mir erwiesen, indem Sie mich einluden, über die Reform vor Ihnen das Wort zu nehmen. Ich kenne keine Körperschaft der Neuzeit, noch der Vergangenheit, welche der Belehrung über die Nothwendigkeit öffentlicher und privater Moral so sehr bedarf, welche so tief in den Wegen amtlicher wie privater Verworfenheit zu Hause ist, wie diese Versammlung der Repräsentanten des Staates (Gelächter und Applaus). Doch bin ich von diesen Zuständen nicht überrascht, wenn ich bedenke, daß von den in diesem Hause anwesenden Mitgliedern viele nicht einmal überhaupt bei den Wahlen genannt, und nur wenige, wenn überhaupt irgend welche, je gewählt sind. (Tolles Gelächter.) — Ich schickte Ihnen Reformvorlagen, welche mich manche Tage schwerer Arbeit gekostet: Sie aber tanzten nicht, als ich pfiff und weinten nicht zu meiner Trauer über die Verworfenheit der politischen Körperschaften. Dagegen muß ich Ihnen zugestehen, daß Sie prompte Scharfrichter waren; jede Vorlage, welche auf Reform zielte, wurde so rasch als es die Geschäftsordnung zuließ, mit Geheul niedergestimmt. Aber in politischen, wie in moralischen und religiösen Entwickelungsperioden ist die dunkelste Stunde die vor Tagesanbruch; und es ist genugthuend, daß, nachdem Sie allen Schaden vollbracht, den Sie nur irgend dem Staate zufügen konnten, Sie einstimmig einen Beichtvater wählten (Gelächter). Es war gut, daß Sie so, wenn auch nur aus Lust an Neuheit und Reflexion, Ihrem Treiben Einhalt thaten; bricht der Sturm über Sie los, so können Sie auf diesen Act hinweisen als einen Act der Reue über das gegen Ihre Wähler und den Staat begangene Unrecht (Applaus und sarkastische Rufe). Die meisten von Ihnen, welche seit 3 Monaten auf den Plätzen saßen, zu welchen andere vom Volke gewählt sind, haben als Vergütung für die Sie treffende öffentliche Verurtheilung durch gesetzgebende Macht Aemter geschaffen, in welche Sie sich zurückzuziehen hoffen. Und Diejenigen, wofür nicht gesorgt ist, hoffen auf die nicht genau präcisirte Löhnungstabelle der Kleisterer und Falzer des Hauses und auf die hier herrschende Sitte, abgestorbenen Staatsmännern Pensionen zu zahlen (tolles Gelächter). Daß Sie jetzt liberale Rathschläge suchen, um guten Samen in das Sie umgebende Chaos von Tugend zu säen, ist ein hoffnungerweckendes Zeichen der Zeit, und wenn Sie uns im nächsten Herbst um nicht mehr als 30,000 Stimmen betrügen, werden die Plätze, die Sie jetzt einnehmen, die meisten von Ihnen nie wiedersehen. (Gelächter.) Ich wende mich einem matten Lichtrande an der dunklen Wolke Ihrer Vergangenheit zu; eine Handlung dieses Hauses hat das Herz des ganzen Volkes dieses Staates erfreut, die, daß Sie inmitten einer Unordnung, welche man bei einem Feuer in Philadelphia einen Volksaufstand nennen würde, am vergangenen Montag durch Abstimmung einen nahen Tag Ihrer endlichen Auflösung festsetzten. (Gelächter und Applaus.) Ich habe von keinem Bürger dieses Staates gehört, der nicht dieser Handlung Beifall zollte (Gelächter). Mit dieser Oase in der öden Wüste Ihres Schaffens haben Sie sich Anspruch auf Milde erworben. In der Hoffnung, meine Herren — entschuldigen Sie diese Bezeichnung — daß die Länge Ihres Lebens mit dem Maße Ihrer Tugenden übereinstimme und daß Ihre Nachfolger bessere Männer als Sie seien, wünsche ich Ihnen Gute Nacht. Der Senator zog sich zurück unter schallendem Applaus und einem neuen Hagel von Papierpacken.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 18. Mai. [Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer] Im Bezirksverein der südöstlichen Vorstädte hielt in diesen Tagen der Stadtv. Hr. G. Kopisch einen Vortrag über die Mahl und Schlachtsteuer, resp. über die Bedeutung, welche deren Aufhebung für die Finanzverhältnisse Breslau's hat. Mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit der Frage, die in der nächsten Zeit auf für unsere Stadt eine brennende werden und mit der sich unsere städtischen Behörden demnächst sehr eingehend zu beschäftigen haben werden, dürfte es nicht unangemessen sein, etwas ausführlicher über den Vortrag zu berichten, und dadurch vielleicht zu einer Discussion der hochwichtigen Frage, ob Aufhebung oder Beibehaltung der Schlachtsteuer, Anregung zu geben.

Die königl. Regierung, führte der Redner aus, beabsichtigt, wie allgemein bekannt, die gänzliche Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Deckung des für den Fiscus daraus hervorgehenden Deficits durch Erhebung einer direkten Einkommensteuer, „Klassensteuer" genannt, von welcher in Zukunft auch diejenigen Kategorien der Steuerpflichtigen betroffen werden sollen, welche ein geringeres Einkommen als 1000 Thlr. nachweisen. Bekanntlich sei durch die städtischen Organe zu Gunsten des Staates bisher nur von denjenigen Steuerzahlern unserer Stadt eine sogenannte „Staatssteuer" erhoben worden, deren Einkommen sich auf jährl. 1000 Thlr. und darüber bezifferte.

Nach dem bereits im verflossenen Jahre eingebrachten Gesetzentwurfe solle die fernere Erhebung einer Mahlsteuer seitens der Stadtgemeinden in Zukunft obligatorisch aufgehoben werden, es diesen letzteren aber fakultativ überlassen bleiben, eine Steuer für eingehendes Fleisch und Bier noch ferner einzufordern, sofern die concreten Verhältnisse und das lokale Bedürfniß die Schlachtsteuer für das Budget der Commune unentbehrlich erscheinen lassen. An die Stadtgemeinde Breslau trete nun die Frage heran, ob sich die Forterhebung einer Schlachtsteuer empfehlen werde oder nicht, wobei noch zu bemerken sei, daß nach dem regierungsseitigen Gesetz-Entwurfe den Städten die Pflicht auferlegt werden solle, nach Ablauf von je drei Jahren, sofern man sich für den Fortbestand der Steuer entscheidet, immer wieder diese Frage aufs Neue zur Discussion zu stellen. Entscheide sich auch nur einer der beiden Factoren einer städtischen Verwaltung für die Aufhebung, dann gelte solche als beschlossen. Hiernach sei es die unverkennbare Absicht der Staatsregierung, die Steuer nur vorläufig noch zu dulden, aber auf den Aussterbeetat zu setzen. Von dem Herrenhause, sowie von dem Hause der Abgeordneten sei der Entwurf mit unwesentlichen Modificationen genehmigt und eine wesentliche Differenz zwischen den Beschlüssen jener beiden Häuser der Landesvertretung liege nur darin, daß ersteres die Reform erst mit Neujahr 1875, letzteres aber schon am 1. Januar 1874 eingeführt wissen wolle. Zweifellos werde man sich auch hierüber verständigen, die Differenz nicht als Gegenstand der Schlachtsteuer betrachten und das ganze Gesetz dadurch in Frage stellen; letzteres könne und müsse als vollendete Thatsache gelten. Redner glaubt, daß in Berücksichtigung der mit der Reform verbundenen umfangreichen Arbeiten und in Anbetracht dessen, daß man sich schon in der Mitte des Mai befinde, der Vorschlag des Herrenhauses zu empfehlen sein möchte, den Zeitpunkt der Einführung bis zum 1. Januar 1875 hinaus zu schieben.

Indem der Vortragende demnächst kalkulatorisch das Interesse des Fiscus und dasjenige der Stadtgemeinde, speciell für die concreten Verhältnisse Breslaus einer näheren Erwägung unterzog, stellte sich ihm das Verhältniß zwischen Gegenwart und Zukunft wie folgt:

Der Staat habe im Jahre 1872 bezogen

1) seinen Antheil an der Mahlsteuer mit 117,684 Thlr. — Sgr. — Pf.
2) seinen Antheil an der Schlachtsteuer mit 195,060 Thlr. — Sgr. — Pf.

also indirekte Steuern zusammen 312,744 Thlr. — Sgr. — Pf.

Die direkte Staatssteuer pro 1872 habe nach Abzug derjenigen 20 Thlr. für jeden zur fiscalischen Steuer veranlagten Einwohner, welche demselben als durchschnittliche Gegenleistung auf die Mahl- und Schlachtsteuer zurückgezahlt werden, im Ganzen 211,511 Thlr., hiervon ab 1½ % Incasso-Provision 3,172 Thlr.

zusammen 521,082 Thlr. — Sgr. — Pf.

Hiergegen würde der Staat in Zukunft erheben an direkten Steuern und zwar für 47,218 Personen mit einem geringeren Einkommen als je 1000 Thlr. 151,333 Thlr., für 3927 Personen von 1000 Thlr. Einkommen aufwärts mit 440,000 Thlr.

zusammen also 591,333 Thlr. — Sgr. — Pf.

bleibt ein Plus für den Staat von 70,251 Thlr. — Sgr. — Pf.

Was nun speciell den neuen Klassensteuertarif betreffe, so sei derselbe für die untersten Steuerklassen sehr niedrig angelegt und betrage von 0,714 bis 3 pCt. des Einkommens. — Steuerfrei bleibe das Einkommen von weniger als 140 Thlr., dagegen würden in Breslau zahlen

Personen	Jahreseinkommen		jährlich
21800	von 140 — 220 Thlr.	à 1 Thlr.	21800 Thlr.
4000	» 220 — 300 »	à 2 »	8000
3200	» 300 — 350 »	à 4 »	12800
685	» 350 — 400 »	à 5 »	3425
1000	» 400 — 450 »	à 6 »	6000
650	» 450 — 500 »	à 8 »	5200
1500	» 500 — 550 »	à 10 »	15000
1000	» 550 — 600 »	à 10 »	10000
500	» 600 — 650 »	à 12 »	6000
2000	» 600 — 700 »	à 14 »	28000
600	» 700 — 750 »	à 16 »	9600
871	» 750 — 800 »	à 20 »	17420
1012	» 900 — 1000 »	à 24 »	24288

3927 Pers. von mit 1000 Thlr. Jahreseinkommen erzielt um 440000 Thlr.

Diese letzteren, auf ein Jahreseinkommen von 1000 Thlr. und darüber veranlagten Personen sollen nämlich an Staatssteuer durchweg 3% des Einkommens entrichten und zwar unter gänzlicher Beseitigung derjenigen Maximalgrenze, welche bisher mit einem Jahreseinkommen von 24,000 Thlr. ausfiel.

Der Frage, ob die Aufhebung der Schlachtsteuer für Breslau sich empfehle, näher tretend, bemerkt der Vortragende, daß die Commune pro 1872 an Steuern erhob:

33⅓ % der Mahlsteuer (Mahlsteuer-Drittel)	58,842 Thlr.
50% Zuschlag zur ganzen Mahlsteuer	86,246 »
zusammen	145,088 Thlr.
50% Zuschlag zur ganzen Schlachtsteuer	97,530 »
für Gewichtsüberschüsse	5631 »
an Biersteuer	10,268 »
Wildsteuer	6832 »
Braumalzsteuer	23,008 »
also im Ganzen	288,357 Thlr.

wovon diejenigen circa 21,000 Thlr. schon abgezogen sind, welche der Fiscus an Erhebungskosten zu liquidiren hatte. Die direkte Einkommensteuer, welche in die Communal-Kassen floß, betrug rund . . . 580,000 »

macht zusammen . . . 868,357 Thlr.

Der Ausfall, bemerkt der Vortragende weiter, welchen hiernach die Stadt mit 145,088 Thlr. an Mahlsteuer erleidet, würde reichlich gedeckt werden, wenn die Schlachtsteuer ungeschmälert weiter erhoben werde und derjenige Antheil, welcher mit 195,060 Thlr. bisher dem Fiscus zufiel, der Commune erhalten bleibe. Werde man aber auf Erhebung jener indirecten Steuern gänzlich verzichten, dann müsse natürlich, um das Gleichgewicht im Budget zu erhalten, auf anderweitige Deckung der ausfallenden 288,357 Thlr. Bedacht genommen werden.

Für Beibehaltung der Schlachtsteuer sprächen mancherlei Vorurtheile. Das Fleisch werde nach bei steuerfreier Einfuhr nicht billiger, in der Qualität dagegen schlechter werden. [illegible] Die Beseitigung des Schmuggelhandels, der die Stadt vom Lande trennenden Schlagbäume und aller widerwärtigen Sperrereien beim Eintritt in die Stadt würden unbedingt als sehr willkommene Reformen mit Freuden zu begrüßen sein. Das Interesse einer indirecten Steuer möge leichter, weil bei den Einzelnen minder bemerkbar sein, als bei den direkten Abgaben, gleichwohl sei vielleicht zu beachten, daß die Weitererhebung d. Schlachtsteuer mindestens 40,000 Thlr. kosten, als das Incasso den 7. Theil des Bruttoertrages vorweg in Anspruch nehmen würde. Wolle der Staat aus dem Einkommen der Commune durch seine Organe dienstbar sein, so bliebe es eine offene Frage, ob auch die Gemeinden in solchem Falle auf eine gewisse fiscalischen Pflichten gegen das Personal in Rücksicht der Pensionsberechtigung und dergl. zu übernehmen hätten.

Ob sich nun die Einführung vielleicht einer Miethssteuer, welche für 6 Mill. Thlr. jährlicher Wohnungsmiethe mit circa 6 % erhoben werden müßte, verhindern lasse, oder ob in Zukunft zur Einkommensteuer angemessene Zuschläge zu erheben seien, darüber würden in nächster Zukunft die städtischen Behörden zu entscheiden und Beschluß zu fassen haben.

Wenn seit geraumer Zeit, bemerkt der Redner zum Schluß, allerdings die Aufhebung der indirekten Steuern in der Presse und anderwärts mit großem Eifer agitatorisch betrieben werde, so habe doch auch die Miethssteuer ihre großen Bedenken. Wohl kein anderes Lebensbedürfniß habe seit Jahresfrist eine so ungeheuere Vertheuerung erfahren, als gerade die Wohnungsmiethe; aus sanitären Rücksichten dürfe man der Einwohnerschaft den Vortheil einer gesunden luftigen Wohnung nicht durch Steuern verkümmern. Es sei unrichtig, wenn man glaube, durch die Miethsteuer nur den Luxus eleganter Wohnungen zu treffen, da auch dem Gewerbebetrieb die ohnehin theuern Geschäftslokale durch eine solche Abgabe in noch höherem Grade als bisher verleidet werden würden. Entschlösse man sich dagegen, eine Communalsteuer selbst in Höhe des 1½fachen Betrages der Staatssteuer zu erheben, würden die niedrigsten Steuerklassen in solchem Falle im Ganzen noch billiger wegkommen, als nach dem bisherigen Steuersatz der Commune allein und hätten dabei steuerfreies Brot und Fleisch zu billigeren Preisen. Die höheren Steuerklassen würden allerdings härter, aber immer noch nicht so schwer getroffen, als in Berlin und in den rheinischen Städten.

H. **Breslau**, 17. Mai. [Vaterländischer Frauen-Verein.] In der gestern Nachmittag 5 Uhr im kleinen Saale der alten Börse abgehaltenen General-Versammlung des Vereins erfolgte zunächst der Vortrag des Jahresberichtes pro 1872 durch Herrn Geh. v. Görtz. Gegenüber der angestrengten Thätigkeit des Vereins in den Jahren 1870 und 1871 war in dem abgelaufenen Jahre 1872 die Wirksamkeit des Vereins eine beschränktere; nur zwei wichtigere Ereignisse erforderten die Entfaltung größerer Anstrengungen. Das erste betraf die Bewohner der Kreise Hirschberg, Frankenstein und Glatz, in welchem die, von wolkenbruchartigen Regen begleiteten starken Gewitter vom 24. und 25. Mai große Verheerungen angerichtet hatten, wodurch eine beträchtliche Anzahl armer Bewohner jener Kreise mehr oder weniger erhebliche Verluste an beweglichem und unbeweglichem Eigenthum erlitten. Eine für diese Unglücklichen veranstaltete Sammlung ergab 473 Thlr. baares Geld und 4 Packete Sachen. Nach eingeholter Information wurde dieser Betrag so vertheilt, daß der Kreis Hirschberg 150 Thlr. und 1 Packet Sachen, Frankenstein 123 Thlr. und 2 Packete Sachen und Glatz 200 Thlr. und ein Packet Sachen erhielt. — Das zweite Ereigniß waren die Sturmfluthen, durch welche in den Tagen vom 11—13. Novbr. die Bewohner der Ostseeküsten in hohem Grade heimgesucht wurden. Die zur Unterstützung der Verunglückten ins Werk gesetzte Sammlung ergab einen Gesammtbetrag von 1702 Thlr. 17 Sgr. 8 Pf, ein Paar goldene Ohrringe und 2 Packete Sachen, welches Alles dem Central-Verein in Berlin übersandt wurde. — Der Ertrag des am 22. Febr. zum Besten hiesiger Wohlthätigkeits Anstalten veranstalteten Concertes ergab einen Netto-Ueberschuß von 689 Thlr. 18 Sgr., der Vorstand bewilligte zu demselben Zwecke aus der Vereinskasse den Betrag von 710 Thlr. 12 Sgr. und brachte demnächst die Summe von 1400 Thlr. zur Vertheilung an 18 hiesige Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine. Es erhielten die hiesigen Suppen-Anstalten 100 Thlr., der Vincenzverein 100 Thlr., der Verein zur Erziehung hilfloser Kinder 100 Thlr., das Augusten-Hospital für kranke Kinder armer Eltern 150 Thlr., der Kuhn'sche Frauen-Verein für Hausarme 100 Thlr., das iseralitische Gemeindehaus für die jüdischen Armen 100 Thlr., den Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger ehelicher Wöchnerinnen 50 Thlr., die Kleinkinderschule zu Lehmgruben 50 Thlr., das Marthastift 50 Thlr., die Nationaldank-Stiftung für hiesige Veteranen 50 Thlr., der Kloster der barmherzigen Brüder 100 Thlr., das Kloster der Elisabetinerinnen 100 Thlr, die Diakonissen-Anstalt Bethanien 100 Thlr., der Nätherinnen-Verein 50 Thlr., das Marien-Stift 50 Thlr., die grauen Schwestern 50 Thlr., das evangelische Vereinshaus 50 Thlr., das Rettungshaus zur heiligen Hedwig 50 Thlr. — Außerdem bewilligte der Vorstand aus dem Reserve-Kapital von 500 Thlrn. den Betrag von 300 Thlr. für die durch die Sturmfluthen beschädigten Ostseeküsten-Bewohner.

Der Kassen-Abschluß weist eine Einnahme von 2384 Thlr. 15 Sgr. 10 Pf. nach. Die Ausgaben betrugen 1846 Thlr. 29 Sgr., bleibt daher am 1 Januar 1873 Bestand 537 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf. Seitdem ist jedoch eine Veränderung darin eingetreten, indem zu dem Reinertrage eines am 22. Februar c. veranstalteten Balles ein Betrag von 436 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf. aus der Vereinskasse zugeschossen und mit der Gesammtsumme von 1000 Thlr. wiederum 19 hiesige Wohlthätigkeitsanstalten und Vereine betheilt wurden. — Demnächst wurde die vom Vorstande vorgenommene Wahl der Frau Oberbürgermeister v. Forckenbeck zum Mitgliede des Vorstandes von der Generalversammlung per Acclamation bestätigt.

F. **Frankenstein**, 19. Mai. [Prinz Albrecht und Gemahlin] unternahmen gestern Nachmittag einen größeren Ausflug nach Schönau bei Landeck. Nach ganz kurzem Aufenthalt daselbst erfolgte die Rückfahrt nach Schloß Camenz. Die hohen Herrschaften gedenken auf letzterem bis zum Monat August zu verweilen. Hierbei wird gelegentlich bemerkt, daß der Besuch des Schlosses Camenz auch jetzt im vollen Umfange gestattet ist.

J B **Aus dem Riesengebirge**, 19. Mai. [Unglücksfall.] Kaufmann Scheimann Schneller aus Warmbrunn hat die ehemalige Wehner'sche Steinschneidefabrik in Giersdorf gekauft und in eine Holzschleiferei umwandeln lassen. Die Maurer-, Zimmer- und sogar Wasserbau-Arbeiten hatte ein Zimmerpolier aus Warmbrunn und die Aufstellung des Gewerkes ein Mühlenbauer aus Hermsdorf übernommen. Nachdem letztere beendet, wurde auf Veranlassung des Fabrikbesitzers das Gewerk probeweise in Gang gesetzt, und zwar leer, ohne Holz zum Schleifen einzulegen, daher auch nur eine weit geringere Wassermasse, als sonst zum Betrieb nothwendig, in den Fluthgraben eingelassen. Kaum war jedoch das Gewerk in vollem Gange, als auch schon der eine, ca. 24 Centner schwere Schleifstein zersprang, das eiserne Gehäuse zertrümmerte und die Stücke im Gebäude weit umherschleuderte. Das eine Stück des Schleifsteines in ungefährer Schwere von 4—5 Ctr. soll in Manneshöhe über 30 Fuß weit und durch eine ziemlich dicke Mauerwand bis in das Comptoir geflogen sein, während die umherfliegenden Eisenstücke dem Maurergesellen Exner aus Kynwasser den Kopf zerschmetterten, so daß er augenblicklich todt zur Erde stürzte.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	328''',59	328''',86	329''',07
Luftwärme	+ 13°,8	+ 11°,1	+ 10°,6
Dunstdruck	4''',93	4''',97	4''',70
Dunstsättigung	76 pCt.	96 pCt.	94 pCt.
Wind	O. 0	SO. 1	SO. 1
Wetter	bedeckt, Regen.	bedeckt, Regen.	wolkig.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 8°,2.

Breslau, 20. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 2 Z. U.-P. 1 F. 10 Z.

Berlin, 19. Mai. Für heute waren mehrere Umstände zusammengetroffen, die der Börse eine bedeutend festere und zuversichtlichere Haltung zu geben geeignet waren. Die Berichte aus Wien kennzeichneten die dortige Lage als in der Genesung begriffen; aus Frankfurt lagen Mittheilungen vor, welchen zufolge die Medio-Liquidation dort sehr glatt und leicht sich vollzogen hat, und über die Lage des hiesigen Geldmarktes hatte der heute publicirte Wochen-Ausweis der Preußischen Bank ein sehr günstiges Bild gegeben, da Wechsel- und Lombardbestände um etwa 6⅔ Millionen Thaler sich vermindert zeigten. Solchen Voraussetzungen war denn auch die Stimmung der Börse heute entsprechend. Auf vielen Gebieten gewannen die Umsätze größere Regsamkeit und die Courserhöhungen waren ebenfalls zahlreich. Die heutige Reprise darf, trotzdem sie in den begleitenden Umständen einige Berechtigung fand, doch als etwas zu stürmisch bezeichnet werden; der endlichen Gesundung von der jetzt vielleicht ziemlich überstandenen Krisis wegen, würde den Börsen ein weniger beschleunigtes Vorgehen als bestes Präservativ gegen Rückfälle, anzuempfehlen sein. Die Speculationswerthe gingen nur mäßig um und war auf diesem Gebiete gerade eine accentuirtere Zurückhaltung zu beobachten, nichtsdestoweniger zogen die Course wiederum an, konnten jedoch ihre höchste Notiz nicht behaupten. Ebenso war in österreichischen Bahnen nur ein sehr geringer Verkehr, bei durchgehends besseren Coursen zwar fehlte es durchaus nicht für diese Werthe an Kauflust, Abgeber zeigten sich aber sehr zurückhaltend. Auswärtige Fonds waren im Allgemeinen ziemlich fest. Oesterreichische Renten steigend. Italiener und französische Rente mäßig belebt. Amerikaner wenig verändert, Türken hatten in fester Haltung eröffnet, ermatteten dann aber, da man sich durch einen Times-Artikel über das Verhältniß Rußlands und der Pforte beunruhigt fühlte. Von Russischen Staatswerthen waren £-Anleihen anfangs gefragt, zeigten sich dann aber zu höheren Coursen im Angebot. Preuß. Fonds fest, Pfand- und Rentenbriefe lebhaft. Deutsche Fonds zum Theil fest und höher. Prioritäten bei mäßigem Verkehr ziemlich fest, Oesterr. zum Theil höher, Russ. wenig verändert. Auf dem Eisenbahnactienmarkte hatte eine bedeutend festere Tendenz Platz gegriffen. In Cöln-Mind. und Rheinischen fand sehr bedeutendes Geschäft zu steigenden Coursen statt, nur Bergische blieben matt, von leichten Bahnen Rumän. und Schweizer Westb. sehr belebt, Lüttich., Mastr., Ostpreuß. besser, Nahebahn begehrt, da man wieder von Gerüchten über den etwaigen Ankauf der Bahn durch den Staat wissen wollte. Prämien ziemlich belebt, am Schluß jedoch matter. Bankactien fast

sämmtlich fest und höher, Centralbank für Bauten, Centralbank für Industrie, Meininger, Schuster sehr beliebt, Nordbahnbank belebt, auch Breslauer Wechsler und Schlesische Bank höher. Auch für Industriewerthe hatte sich die Stimmung gebessert. Pinneberg Union, Sommerfelder Tuchfabrik, Birkenwerder, Raihenower Holz und sämmtliche Brauereipapiere belebter. Von Baugesellschaften, die sämmtlich sehr begehrt, waren Ostend, Südend, Centralfactorei und Süd stark steigend, auch alle Bergwerks- und Hüttenpapiere höher. Laura nach einigen Schwankungen anziehend. Wie es scheint, nützen die jetzigen Käufer frühere Blancoabgaben erfolgreich aus. (Bank- u. H.-Z.)

Amsterdam, 19. Mai. [Die Bank] hat soeben den Discont von 4½ auf 5% erhöht.

Swinemünde, 18. Mai. [Der Postdampfer des baltischen Lloyd „Franklin"] ist heute hier wohlbehalten angekommen.

New-York, 18. Mai. [Der Postdampfer des baltischen Lloyd „Ernst Moritz Arndt"] ist heute glücklich hier eingetroffen.

Berlin, 19. Mai. [Berliner Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf: 3328 Stück Hornvieh, 5303 Stück Schweine, 1175 Stück Kälber, 1739 Stück Hammel.

Die Physiognomie des heutigen Marktes war wenig anders als die des vorigen Montages.

Der Auftrieb von Hornvieh war zwar nicht so stark als der der letzten Woche, doch immer noch mehr als genügend und da speciell die Exporteure nach ihrer Behauptung in letzter Zeit nicht sonderlich reussirt haben, entwickelte sich das Geschäft ziemlich langsam und es waren nur mit Mühe die letztgezahlten Preise zu erreichen. I. Waare 18—19 Thlr., II. Waare 14 bis 16½ Thlr., III. Waare 12—13½ Thlr. per 100 Pfd. Schlachtgewicht.

Fast noch matter entwickelte sich das Geschäft bei den Schweinen; hier waren ca. 1600 Stück mehr zugetrieben, als vor 8 Tagen und war, bei nicht ganz unbedeutendem Ueberstande 19 Thlr. pr. 100 Schlachtgewicht der höchste zu erzielende Preis.

Für Kälber ist die jetzige Jahreszeit mit die beste; die Waare wurde ziemlich schnell geräumt und mit recht guten Mittelpreisen bezahlt.

Bei Hammeln trat keine Veränderung ein; der Auftrieb war bedeutend, die Waare variirte sehr und es ließ sich eben nur der alte Preis von ca. 7 Thlr. pr. 45 Pfd. erreichen.

B. **Stettin**, 16. Mai. [Wochenbericht.] Die Witterung blieb trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit rauh und regnig. In letzter Nacht fiel der Thermometer auf + 3 Gr. R. heute bewölkt und stürmisch. Die Vegetation ist in Folge davon um 14 Tage gegen durchschnittlich in früheren Jahren zurückgeblieben und wenig Aussicht auf eine frühe Ernte. Der Stand der Felder ist jedoch befriedigend und hört man darüber in unserer Nähe keine Klagen.

Weizen. Trotz der gedrückten Verhältnisse des Geldmarktes und des fehlenden Exports haben die Preise sich behauptet, da das Inland fortwährend fest bleibt und auch die westlichen Märkte die steigende Tendenz behielten.

Von Roggen haben unsere Bestände, welche circa 10,000 Wispel betragen, sich nicht verändert, da der Abzug nach dem Inlande, welcher ziemlich umfangreich war, durch die herangebrachten Quantitäten von preußischen Häfen wieder ausgeglichen wurde. Zu nächster Woche steht wahrscheinlich bereits der Anfang der Petersburger Zufuhren zu erwarten. Die Preise haben sich seit Anfang der Woche behauptet.

Gerste macht sich knapp, besonders in feinen Sorten.

Hafer findet Frage, doch sind Offerten in den letzten Tagen häufiger.

In Erbsen sehr geringes Geschäft.

Rüböl ist auf nahe Termine in Deckung gefragt und besser bezahlt. Herbst nur wenig besser. Abzug nach außerhalb ist nach wie vor zu jetzigen Preisen unmöglich.

Spiritus. Die Zufuhren sind für die vorgeschrittene Jahreszeit noch reichlich. Der Markt bleibt aber stille.

Posen, 19. Mai. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) matter. Kündigungspreis 56. Gek. — Wspl. Mai 56¾ G., Mai-Juni 55¾ bez. u. Br., Juni-Juli 55¾—½ bez. u. Br., Juli-August bez. u. Br., August-September 53¾ Br. u. G. Herbst 52¾ bez. u. Br. Spiritus (pro 100000 Liter %) matt. Kündigungspreis 17¾. Gek. 5000 Liter. Mai 17¼ bez. u. Br., Juni 17⅝ bez. u. G., Juli 18⅛ bez. u. Br., August 18⅝ bez. u. Br., September 18⅞ bez. u. G., October —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begehrt, pro 1050 Kilogramm feiner 95—100 Thlr., mittel 85—90 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—58 Thlr., mittel 53—55 Thlr., ordinär 50—52 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. fein 51—54 Thlr., mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: beachtet, pr. 625 Kilogramm feiner 30—33 Thlr., mittel u. defect 27—29 Thlr. — Erbsen: unverändert, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 50—54 Thlr., Futter-Erbsen 46—48 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. gelbe 33—37½ Thlr., blaue 28—31 Thlr. — Wicken: matt, pr. 1125 Kilogr. 38—40 Thlr. — Oelsaaten: pro 50 Kilogr. Raps — Thlr. Rips — Thlr. — Leinsaamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogr. 75—85 Thlr. — Klee matt, weiß 10—20, roth 12—18 Thlr. — Buchweizen: geschäftslos, pro 75 Kilogramm 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Sonnabend, 17. Mai. Zucker fortwährend matt, zu unveränderten Preisen. — Kaffee stetig. — Reis unbelebt. — Thee ruhig. — Jute matt. — Pfeffer —. — Rum —.

Metalle ruhig, zu unveränderten Preisen.

Petroleum ruhig, zu 1, 2½.

Terpentin ruhig, zu 39—39½.

Talg: loco 43, 6, Juni 43, 6, Octbr.-Decbr. 45, 9, Decbr. 46, 3.

Baumwollsaamenöl: ruhig, Hull 29—29, 3.

Rüböl: stetig, loco 37¼, Mai-August bis zum Ende 37¾.

Leinöl: ruhig, London 33—33, 3, in Exportfässern 33, 6, Hull 32, 10½—33, lauf. Monat 33, Mai-Juni 33—33, 3, Juli-December 32, 9.

Der Wochen-Export per Hull beträgt 457 Tonnen, wovon nach Amsterdam 15, Bremen 6, Brüssel 12, Christiania 6, Kopenhagen 3, Dünkirchen 2, Gothenburg 5, Hamburg 174, Rotterdam 47, Stettin 77 und Stralsund 110 begeben wurden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 19. Mai, Abends. Nationalversammlung. Der Präsident verliest eine Interpellation von 160 Mitgliedern der Rechten und des rechten Centrums, betreffend die Modificationen des Ministeriums, wobei die Nothwendigkeit einer conservativen Politik innerhalb des Ministeriums betont wird. Der Justizminister Dufaure deponirt Gesetze über die Organisation der Staatsgewalt und Errichtung einer zweiten Kammer, deren Verlesung unter Widerspruch der Linken abgelehnt wird. Pojrat protestirt unter Berufung auf die nichtconstitutionelle Befugniß der Versammlung gegen Einbringung constitutioneller Gesetzentwürfe und beantragt, die Versammlung solle einen Termin von 14 Tagen für ihre Auflösung festsetzen. Die Dringlichkeit dieses Antrages wird mit großer Majorität abgelehnt. Morgen findet die Wahl des Präsidiums statt.

Bern, 19. Mai. Der Bundesrath hat heute die Berathung über die Revision der Bundesverfassung wieder aufgenommen.

Madrid, 19. Mai. Die amtliche „Gaceta" vom 18. d. erklärt das von dem „Mémorial diplomatique" verbreitete Gerücht von Verhandlungen zwischen Deutschland und Spanien über eine eventuelle Abtretung der Philippinischen Inseln für durchaus unbegründet.

Brüssel, 19. Mai. Einer telegraphischen Nachricht der „Independance" aus Paris vom heutigen Tage zufolge hat sich das rechte Centrum über den Wortlaut einer Interpellation schlüssig gemacht, welche dasselbe an die Regierung in Betreff der innern Politik und in Betreff der stattgehabten Ministerveränderungen richten will. Dem genannten Blatte wird ferner mitgetheilt, daß der Wortlaut dieser Interpellation bereits dem Bureau übergeben und dieselbe zur heutigen Tagesordnung gestellt sei. Die Regierung sei bereit, die Interpellation zu beantworten und wolle keine Vertagung beantragen.

Haag, 19. Mai. Die erste Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung mehrere, bereits von der zweiten Kammer angenommene Vorlagen, worunter die Verträge mit Belgien (über Capitalisirung der veräußerlichen Rente, über Benutzung holländischen Territoriums bei dem Bau der Eisenbahn von Antwerpen nach Gladbach und über Aufhebung des von Belgien auf holländische Spirituosen gelegten Zollzuschlages), sowie die Gesetzentwürfe über Amortisirung von 9,800,000 Fl. Staatsschulden und über die zeitweilige Beschränkung der Ausprägung gemünzten Geldes.

Perpignan, 19. Mai. Oberst Cabrinety hat die Carlisten bei Gerona, wie von dort vom 18. d. gemeldet wird, geschlagen. An demselben Tage weigerte sich ein Cavallerie-Oberst mit beträchtlichen Streitkräften den Carlistenführer Saballs anzugreifen und zog sich vor demselben zurück, weil seine Mannschaft angeblich durch einen langen forcirten Marsch ermüdet sei. Der Oberst wurde in Haft genommen.

Berliner Börse vom 19. Mai 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4	139⅛ bz.
do. do.	2 M.	4	137¾ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst. . .	3 M.	5	6.18¾ bz.
Paris 300 Frcs. .	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl. . .	8 T.	5	90 bz.
do. do. . .	2 M.	5	88¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 12 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99⅞ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	87⅝ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	5½	80⅛ bz. B.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	99⅜ bz.
dito consolid.	4½	104 bz.
dito 4%ige	4	95 bz. G.
Staats-Schuldscheine	3½	88½ bz.
Präm. Anleihe v. 1855	3½	126 B.
Berliner Stadt-Oblig. .	4½	100⅝ bz. G.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	93½ bz.
Pfandbriefe. Berliner	4½	99⅜ G
Pfandbriefe. Central-Boden-Cr.	5	100¼ B
Pfandbriefe. do. Unkündb.	5	104 B.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	81⅛ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	89¼ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	82 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94 bz.
Rentenbriefe. Pommersche . . .	4	93½ G.
Rentenbriefe. Posensche	4	92 bz. G.
Rentenbriefe. Preussische	4	93½ G.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	97 B.
Rentenbriefe. Sächsische	4	94½ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	93 G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 72 B
Oldenburger Loose 38 bz. G.

Louisd'or — —	Dollars 1.11⅜ G.
Sovereigns 6.20½ bB	FrmdBkn. 99⅔ bz
Napoleons 5.9⅞ bz.	Oest. Bkn. 90⅛ bz.
Imperials 5.— —	Russ. Bkn. 80 5/16 bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente . . .	4⅕	64½ bz. G.
do. Papierrente. . .	4⅕	60½ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	92 bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	95¼ G
do. Credit-Loose . .	—	112 bz.
do. 64er Loose . . .	—	95¼ et bz G
do. Silberpfandbr. .	5½	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	— —
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	128⅝ bz. B.
do. do. 1866	5	126¼ B.
do. Bod.-Cred.-Pfb. .	5	88¼ bz G.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	74¾ bz G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	74 G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62⅝ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96⅝ bz.
do. do. p. 1885	6	97 bz.
do. 5% Anleihe .	5	85 bz.
Badische Präm.-Anl. .	4	109 B.
Baiersche 4% Anleihe	4	109½ G.
Französische Rente .	5	85½ bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	60¼ ¼⅛ bz.
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	91½ bz. B.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	79⅜ bz.
Rumänische Anleihe .	8	— — kl 98⅝ bz. G
Türkische Anleihe . .	5	50à49¾ bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	75⅛ bz. G.

Badische 35 Fl.-Loose 39½ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 23 B.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9¾ G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II. .	4½	98 G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	83 bz.
do. do. VI.	4½	97⅛ bz G.
do. Nordbahn	5	101¼ bz G.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
Cöln-Minden . . . III.	4	87½ G.
do. do. do.	4½	97 bz.
do. do. IV.	4	88½ bz. G
do. do. V.	4	88½ bz.
Märkisch-Posener . . .	5	100½ G.
Ndrschl.-Märkische . .	4	91 G.
do. do. III.	4	91½ B.
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	99⅝ bz.
do. do. D.	5	99⅝ bz.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	87½ B.
do. C.	4	88½ G.
do. D.	4	89½ G.
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	99 bz.
do. G.	4½	98¼ G
do. H.	4½	99¼ bz. G.
do.	5	101⅜ bz.
do. Brieg-Neisse .	4½	95½ G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	89¾ bz.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	—
do. do.	5	102 bz G.
Ostpreuss. Südbahn .	5	101⅝ G
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	— —
Schlesw. Eisenbahn .	4½	96¾ bz
Stargard-Posen III. Em.	4½	98½ G.
Lemberg-Czernowitz .	5	67½ G.
do. do. II.	5	77½ bz. B.
do. do. III.	5	68¾ bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	90⅝ bz. G.
do. do. neue	5	89 G.
Kaschau-Oderberg . .	5	82½ bz.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	84⅜ bz. G.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	79½ bz.
Oesterr.-Französische	3	292¼ bz.
do do. neue	3	283¾ G.
do. südl. Staatsbhn.	3	246½ bz.
do. neue	3	245¼ bz. G.
do. Obligationen . .	5	86⅝ bz.
Chemnitz-Komotau . .	5	91½ bz.
Prag-Dux	5	85½ bz G 85 G
Dux-Bodenbach	5	87 bz.
Rockford Rock Island	7	28⅝ bz.
Ung. Nordostbahn . . .	5	73 bz.
Ung. Ostbahn	5	67½ bz. B
Warschau-Wien II. .	5	95½ bz.
do. III. .	5	94 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	8/5	—	4	42 bz B.
Berg.-Märkische .	7⅞	—	4	112½ bz
Berlin-Anhalt. . .	18⅞	17	4	168½à7 bz
Berlin-Görlitz. . .	0	3½	4	104 bz G.
Berlin-Hamburg .	10⅝	12	4	223 bz
Berl.-Potsd.-Magd.	14	8	4	136¾ bz
Berlin-Stettin . .	11⅞	12¾	4	183¼ bz G.
Böhm. Westbahn	8½	—	5	101 bz G
Breslau-Freib. . .	9⅝	7½	4	112½ bz
do. neue	—	—	5	104½ bz
Cöln-Minden . . .	11⅕	—	4	152à52 bz B
do. do. neue	5	—	5	109½ bz G.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	59¾ bz B.
Gal. C.-Ludw.-B .	8⅝	—	5	97¾à8¼ eb
Halle-Sorau Guben	4	0	4	56½ bz G
Hannover-Altenb.	5	—	5	75 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	74¾ bz
Kronpr.-Rudolfb .	5	—	5	73½ bz G.
Ludwigsh.-Bexb.	11⅝	—	4	186¼ bz
Märk.-Posener . .	0	0	4	52½ bz
Magdeb.-Halberst.	8⅝	—	4	131 bz G.
Magdeb.-Leipzig .	16	—	4	256 bz
do. Lit. B.	4	—	4	97 bz G.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	167⅛ bz
Ndrschl.-Märk. . .	4	—	4	94 G.
Ndrschl.-Zweigb. .	5	—	4	—
Oberschles. A. u. C.	13⅜	13⅜	3½	182 bz
do. B. . .	13⅜	13⅜	3½	159½ bz
Oestr.-Fr.-St.-B. .	12	—	5	195à97 bz
Oester.-Nordwestb	5	—	5	127¼ à28½ b
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	113¼ à14 bz
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	43⅝ bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	6 1/15	5	124 bz
Reichenberg-Pard.	42/7	—	4½	74¼ bz G
Rheinische	10	—	4	142à42 bz B.
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	40½ bz G.
Rumän. Eisenb.	8⅝	—	6	43½ bz -
Schweiz. Westbahn	2	—	4	50¾ bz B.
Stargard-Posener	4½	—	4½	99¼ G.
Thüringer	10⅝	—	4	136¼ bz G
Warschau-Wien .	12	—	5	83 G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer .	5	5	5	103 bz G
Berlin Nordbahn	—	—	5	62 bz
Breslau-Warschau	5	—	5	50 B
Halle-Sorau Guben	5	2½	5	73 bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	86 bz
Kohlfurt-Falkenb	—	—	5	88 .
Märk.-Posener . .	0	0	5	73⅛ bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	81 bz G.
Ostpr. Südbahn .	0	0	5	78 bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	122 bz G.
Saal-Bahn	—	—	5	69¾ bz G.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	91½ G.
Berliner Bank . .	16	14	4	106 bz
Berl. Bankverein	16	18	5	134¾ bz
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	29 3/10	4	274¾ G.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	149 bz
Berl. Lombard-Bk	5	11¼	5	82 bz G.
Berl. Makler-Bank	25⅞	11	4	92¼ b
Berl. Prod.-Makl.-B	—	8½	5	92½ bz G.
Berl. Wechslerbnk.	12½	0	5	60 bz G.
Braunschw. Bank	8⅝	8⅜	4	117¾ bz G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	10	4	104 bz G.
Bresl. Handels-Ges.	—	9	5	86¼ B.
Bresl. Maklerbank	—	30		122 G.
Bresl. Makl.-Ver.-Bk	4½	7		98 B.
BrProvWechslerB.	—	12	5	95¼ bz
Brsl. Wechslerbnk.	12	12	4	104½ bz G.
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	120¼ bz
CoburgerCred.-Bk.	10½	7½	4	95⅞ bz G.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	113¼ G.
Darmst. Creditb. .	15	15	4	176 bz
Darmst. Zettelbank	6	7	4	105 bz G.
Dessauer	—	—	fr.	14⅞ bz
Deutsche Bank .	8	—	4	99¾ bz G
DeutscheUnionsbk	11½	9½	4	98⅞ bz G.
Disc.-Com.-A. . .	24	—	4	253⅞ bz
Genfer Bank . . .	—	—	fr.	4 bz
Genossensch.-Bnk.	10⅗	—	4	130 bz G
do. junge	—	—	4	125 bz G
Gewb. Schuster u. C.	10⅝	—	4	113 bz
Goth. Grundcred.-B	9	9½	4	109 bz B.
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13⅝	4	168 bz B.
do. Vereins-Bk.	11¼	13¾	4	122 G.
Hannover'sche do.	—	—	5	103⅞ bz G.
do. Disconto-Bk.	—	5	4	79½ bz
Hessische Bank.	—	6⅔	4	76¼ B
Königsberger do.	11	8	5	83 G.
Landw.-B. Kwileck	—	—	4	89 G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	5	172½ bz G.
Luxemburger do.	12	12	4	134 bz
Magdeburger do.	6⅘	5¾	4	104 G.
Meininger do.	12	12	4	135 bz G
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	64 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	15	4	112¾ bz
Nordd. Grunder.-B	8	13¾	4	112 bz B.
Oberlausitzer Bnk.	10⅝	8 3/10	5	84 bz G
Oest. Credit-Actien	17½	18¾	5	176¾à7 bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	83 bz B.
OstdProducten-Bk	—	8½	5	74 B.
Posener Bank . .	6⅖	8	4	107⅞ bz G.
Pos. ProvWechslb.	—	8	4	80 bz G.
Preuss. Bank-Act.	12 9/10	13½	4	189¾ bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	130⅛ bz G
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	9½	5	124⅜ bz
Pr. Credit-Anstalt.	—	24	5	98 bz G.
Prov-Wechsler-Bk	—	7½	4	83 bz G
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	4	146½ G.
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	106 bz G.
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	142½ bz G.
Schl. Vereins-Bank	—	9	5	98 bz G.
Thüringer Bank .	9	14	5	124⅞ bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	15	19	5	157 bz G
Weimar. Bank . .	7	8	4	112 bz
WienerUnionbank	16½	5	5	93 bz B.
Berl. Eisenb. Bed.-A	10⅝	11½	5	180 bz B.
Görlitzer do.	0	0	5	64⅞ bz G.
Oberschles. do.	6	14	5	152½ bz G
Märk. Schl. Masch.-G	—	—	5	57¾ b G.
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	8	5	92 bz G
Westend, Comm.-G.	16	17	5	168½ bz G.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	58 B.
Bresl. Bierbrauerei	7	—	5	64¼ bz
do. verein. Oelfab.	—	—	5	72 G.
Bresl. E-Wagenbau	7	7¼	5	83½ B.
Erdm. Spinnerei.	—	9	5	77¾ bz G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	6	5	64½ bz G
S. Act. Br. (Scholtz)	8	—	5	77 B.
do. Porzellan .	—	7	5	95 B.
Schl. Leinenindust.	10	—	5	105 bz B.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	91 bz G.
do. Wagenb. Anst.	—	9	5	80 B.
Donnersmarkhütte	—	—	5	86 bz G.
Königs- u. Laurah.	12½	—	5	344 bz
Lauchhammer. . .	7	—		106 G.
Marienhütte. . . .	—	—	5	114 bz G.
Minerva		—	5	23⅛ G.
O.Schl Eisenwerke	—	11	5	81½ bz G.
Redenhütte	—	10	5	104½ bz
Schl. Kohlenwerk	—	—	5	110 bz
Schles. Zinkh.-Act.	6	—	5	105 bz
do. St.-Pr.-Act.	6	—	5	105 bz G.
Tarnowitz. Bergb.	9	20	4½	276 bz G.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	99½ G.
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	fr.	100 bz
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	102⅞ bz
MeiningerPrämPfb	—	—	5	92¾ bz B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	121 bz G
Schles. Feuervers.	20	17½	4	120 G.

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 19. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 60. Anleihe de 1871 86, 45. Anleihe de 1872 87, 55. Ital. 5proc. Rente 63, 10. do. Tabaksactien 810, 00. Franzosen (gestempelt) 767, 50. do. neue —, —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 435, 00. do. Prioritäten 255, 75. Türken de 1865 53, 30 do. de 1869 317, 50. Türkenloose 168, 25. Fest.

London, 19. Mai, Nachmittag 4 Uhr. Consols 93⅝. Italienische 5procentige Rente 61 13/16. Lombarden 17 1/16. 5procentige Russen de 1862 93⅝. 5proc. Russen de 1864 93⅝. Silber —. Türk. Anleihe de 1865 52 5/16. 6proc. Türken de 1869 61 7/16. 9proc. Türken-Bonds 87½. 6proc. Verein. St. pro 1882 90½. Berlin —, —. Hamburg 3 Monat. —, —. Frankfurt a. M. —, —. Wien —, —. Paris —, —. Petersburg —. Oesterr. Silberrente 65⅝. Oesterr. Papierrente 60⅝. Günstig.

Frankfurt a. M., 19. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 117⅞. Pariser do. 92¾. Wiener do. 105½. Franzosen*) 349½. Hess. Ludwigbahn 169. Böhmische Westbahn —. Lombarden*) 200. Galizier —. Elisabetbahn —. Nordwestb. 230. Oregon 29. Creditactien*) 310. Russ. Bodencredit 90⅝. Russen 1872 90⅞. Silberrente 65¼. Papierrente 61⅝. 1860er Loose 93⅞. 1864er Loose —. Raab-Grazer 79¾. Amerikaner de 82 95½. Darmst. Bank 445. Deutsch-österr. Bank 113⅞. Prov.-Disconto-Gesellschaft 157. Brüsseler Bank 105⅝. Berliner Bankverein 132. Frankf. Bankverein 132½. do. Wechslerbank 88½. Nationalbank 1003. Meininger Bank 137½. Schiff'sche Bank 218. Hahn Effectenbank 127. Continental 114.

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 119½.

In Folge der besseren Berliner Course und des guten Ausweises der preußischen Bank, sowie der besseren Wiener Berichte, Kauflust. Geld flüssig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 310¼, Franzosen 349, Lombarden 199.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 19. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95½. Creditact. 312¾. 1860er Loose 92⅞. Franzosen 350½. Galizier 234¾. Lombard. 199¼. Silberrente 65. Nationalbank 1003. Deutsch-österr. Bank —. Hahn'sche Effektenbank 126½. Elisabethbahn 245. Fest.

Dresden, 19. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 176½. Lomb. —. Silberrente 64½. Sächsische Creditbank 107. Sächsische Bank (alte) 148½. do. (junge) 139¼. Leipziger Credit 175⅞. Dresdener Bank 96. Dresdener Wechslerbank 105. Dresdner Handelsbank 79. Sächsischer Bankverein —. Oesterr. Noten 91. Lauchhammer 106½. — Fest.

Hamburg, 19. Mai, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Oesterr. Silber-Rente 65. Credit-Actien 267, 50—268, 50—267, 75. Franzosen —. Lombarden 428. Italiener 60. Bergisch-Märkische 109,75. Cöln-Mindner 153. Rh. Eisenb.-St.-Actien 142. Commerzbank 110. Norddeutsche Bank —. Internationale Bank —, —. Anglo-Deutsche Bank 95½. Laurahütte 244, 75—245, 25—245. Dortmunder Union 155, 25—157—156. Amerikaner 91. Oesterr. Staatsbahn 748—747. Nordwestbahn 484,50. Fest, aber still.

Hamburg, 19. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, auf Termine matt, Weizen Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 265 Br., 264 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 251 Gd., pr. Septbr.-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 241 Br. und Gd. Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Septbr.-October 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd. Hafer und Gerste fest. Rüböl matt, loco 35, 25, pr. Mai 23½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 72. Spiritus fest, pr. Mai 100 Liter 100% 42¼, pr. August-September und pr. September-October 45½, Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 16, 50 Br., 16, 25 Gd., pr. Mai 16, 25 Gd., pr. August-December 17, 10 Gd. — Wetter: Regen.

Liverpool, 19. Mai. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 B. Sehr ruhig; Tages-Import 9000 B., davon 2000 B. amerikanische, 6000 ostindische.

Liverpool, 19. Mai, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. Ruhig.

Middl. Orleans 9 3/16, middl. amerikanische 8⅞, fair Dhollerah 6 1/16, midd. fair Dhollerah 5⅝, good middl. Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 3⅞, fair Broach 6¼, new fair Domra 6¼, good fair Domra 6 13/16, fair Madras 6¼, fair Pernam 9⅛, fair Smyrna, 7, fair Egyptian 9¾.

Köln, 19. Mai, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matter, hiesiger loco 9, 15, fremder loco 9, 5½, pr. Mai 9, pr. Juli 8, 29, pr. Novbr. 8 1/60 — Roggen fest, loco 5, 15, pr. Mai 5, 16, pr. Juli 5, 19½, pr. November 5, 21. — Rüböl matter, loco und pr. Mai 12 1/10, pr. October 12 6/10. Leinöl loco —. — Wetter: Kühl.

Paris, 19. Mai, Nachmittag. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Mai 93, 75, pr. Juli-August 94, 00, pr. September-Decbr. 96, 00. — Mehl ruhig, pr. Mai 73, 75, pr. Juni 74, 50, pr. Juli-August 75, 25. Spiritus pr. Mai 53, 50. — Wetter: Regnerisch.

London, 19. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Der Markt war mäßig besucht. Sämmtliche Getreidearten schlossen bei fester Tendenz; englischer und rother fremder Weizen 1 Sh. höher. Mehl und Frühjahrsgetreide fest. — Wetter: Rauh, bewölkt.

Berlin, 19. Mai. Weizen: Termine neuerdings wesentlich gewichen. Gekündigt 92,000 Ctnr. Kündigungspreis 88 Thlr. Loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Mai 89⅛—88½ Thlr. bez., Mai-Juni 88½—87¾ Thlr. bez., Juni-Juli 88¼—88 Thlr. bez., Juli-August 85¼—85 Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez. — Roggen loco fand nur in den besseren Qualitäten leichtes Placement. Termine matt und vereinzelt billiger eröffnend, wurden alsdann zu etwas besseren Preisen gehandelt, so daß der Schluß gegen vorgestern wenig verändert ist. Gekündigt 10,000 Ctnr. Kündigungspreis 55¼ Thlr. Loco 55—61 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer 58—60 Thlr. ab Bahn und Kahn bez., russischer 54⅝—55¼ Thlr. ab Bahn und Kahn bez., pr. Mai 55—⅜—¼ Thlr. bez., Mai-Juni 55—⅜—¼ Thlr. bez., Juni-Juli 55⅛—½—⅜ Thlr. bez., Juli-August 55—⅜—¼ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 54¾—55—54⅞ Thlr. bez. — Rüböl flaute sehr und mußte wesentlich billiger gelassen werden. Gekündigt 2500 Ctnr. Kündigungspreis 21⅔ Thlr. Loco 22 Thlr. bez. — Spiritus fest und etwas höher, loco ohne Faß 18 Thlr. 3 Sgr. bez., pro Mai 18 Thlr. 6—7 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 6—7 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 10 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 20 Sgr. bez., August-September 18 Thlr. 27 Sgr. bez., September-October — Thlr. — Sgr. bez. — Gekündigt 50,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 7 Sgr. bez. — Wetter: sehr schön.

Breslau, 20. Mai, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung im Allgemeinen am heutigen Markte war wenig verändert, bei mäßigen Zufuhren, Preise unverändert.

Weizen, feine Qualitäten blieben gut beachtet, pr. 100 Kilog. schlesischer weißer 8—9½ Thlr., gelber 7⅝—9⅙ Thlr, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilog. 5¾ bis 6⅙ Thlr., feinste Sorte 6¼ Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5¼—5⅞ Thlr., weiße 5⅔ bis 6 Thlr.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4¾ bis 5 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilog. 4⅙—5⅓ Thlr.

Wicken matter, pr. 100 Kilog. 3 11/12—4 1/12 Thlr.

Lupinen lebhaft gefragt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3¼ 3⅔ Thlr., blaue 3 1/12 bis 3⅓ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5¾—6 Thlr.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 5⅓—5⅔ Thlr.

Oelsaaten schwach offerirt.

Schlaglein gute Kauflust.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat . .	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps	9	7	6	9	15	—	10	—	—
Winter-Rübsen . .	8	15	—	8	17	6	9	7	6
Sommer-Rübsen .	8	10	—	8	17	6	9	10	—
Leindotter	7	2	6	7	15	—	8	2	6

Rapskuchen sehr fest, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen unverändert, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12—16⅙ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8½—10½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.